



13

Carlos da Silva Costa:
neuer Vizepräsident
der EIB

Dr. Matthias
Kollatz-Ahnen:
neuer Vizepräsident
der EIB



13

EIB unterzeichnet
Kooperationsab-
kommen mit
Bulgarien



14

EIB-Forum 2006



Neue Impulse für die Integration Südosteuropas in die EU

Am diesjährigen EIB-Forum, das am 19./20. Oktober 2006 in Athen stattfand, nahmen zahlreiche herausragende Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft teil. Es bildete ferner eine wichtige Plattform für Diskussionen über die Entwicklung der EU. Südosteuropa – eine Region im Aufbruch: Dieses hoch aktuelle Thema wurde zu einem Zeitpunkt gewählt, an dem die EU die Aufnahme zweier neuer Mitglieder – Bulgarien und Rumänien – Anfang 2007 vorbereitet und die Beitrittsgespräche sowohl mit Kroatien als auch mit der Türkei intensiviert werden.



Kostas Karamanlis,
Ministerpräsident, Griechenland,
und Philippe Maystadt,
Präsident der EIB.

Die neue Beitrittswelle und die Erweiterung nach Südosteuropa: Themen des Forums in Athen, das für alle Anwärter auf die EU-Mitgliedschaft wichtige Zeichen setzte. ⇒



EIB-Forum 2006 Neue Impulse für die Integration Südosteuropas in die EU	1
Die EIB trifft mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen	7
Die EIB trifft Vertreter der Regionen in Brüssel	8
Ein Jahr nach dem Start von JEREMIE: Ausblick auf die weitere Entwicklung	10
Carlos da Silva Costa und Matthias Kollatz-Ahnen – neue Mitglieder des Direktoriums der EIB	13
EIB unterzeichnet Kooperationsabkommen mit Bulgarien	14
Die EIB und das Wissensdreieck	16
Die EIB und Kapitalbeteiligungen (Private Equity) in Nordafrika und im Nahen Osten: Chancen und Herausforderungen	18
Ernennungen im Senior Management	21
FEMIP-Konferenz 2007: Geldüberweisungen von Migranten aus dem Mittelmeerraum in ihre Heimatländer: eine Chance für die Entwicklung?	23
Neue Veröffentlichungen der EIB	24

*„Wir sind Zeugen einer historischen
Entwicklung in Südosteuropa. Die gewaltigen
Änderungen zum Ende des 20. Jahrhunderts
und die Reformdynamik der EU haben neue
Perspektiven für die Entwicklung der Region
eröffnet.“*

Der griechische Ministerpräsident Kostas Karamanlis, Hauptredner des Forums in Athen, hatte für die Teilnehmer aus der gesamten Region und aus anderen Ländern eine klare Botschaft:

„Es besteht kein Zweifel daran, dass die Unterstützung der entwicklungsbedürftigen Länder unserer Region nicht nur zur Modernisierung der Infrastruktur und zur Stärkung der wirtschaftlichen Stabilität beiträgt, sondern auch zur Festigung der Demokratie, der Stabilität und des Friedens.“

Für Karamanlis trägt die EU-Mitgliedschaft entscheidend dazu bei, Demokratie und Frieden, Wachstum und Wohlstand zu erreichen. In diesem Zusammenhang betonte er die wichtige Rolle der EIB, deren Finanzierungen die Integration der neuen Mitgliedstaaten erleichtern helfen.

Der griechische Ministerpräsident sieht gemeinsame Vorhaben, die den Energiebereich und den Umweltschutz sowie die Entwicklung von KMU und große Infrastrukturinvestitionen betreffen, als entscheidende Faktoren für den Fortschritt in einer sich rasch wandelnden Welt an.

„Im Rahmen der EU müssen wir im Hinblick auf die Beziehungen mit unseren Nachbarn gemeinsam handeln. Wir müssen sie in ihren Reformanstrengungen unterstützen [...] und sie ermutigen, die Hilfe in Anspruch zu nehmen, die ihnen von den Finanzierungsinstitutionen der EU – darunter die EIB – angeboten wird.“

Eine Wachstumsagenda

Die Tagesordnung des Forums wurde von Philippe Maystadt vorgestellt, der die 600 Konferenzteilnehmer herzlich begrüßte. Die Tagesordnungspunkte betrafen allgemeinere Aspekte der Integration ebenso wie den Fortschritt, der in Südosteuropa durch die Politik und die finanzielle Unterstützung der EU erzielt worden ist, die Vorbereitungen für den Beitritt der Türkei und Kroatiens, die Arbeit in den westlichen Balkanländern sowie die Rolle Griechenlands, des ältesten Mitgliedstaats der Region, im Entwicklungs- und Stabilisierungsprozess.

Kostas Karamanlis, Ministerpräsident, Griechenland



EIB-Informationen ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Kommunikation und Information der Europäischen Investitionsbank.

Verantwortlicher Herausgeber: Daniela Sacchi-Cremmer

Layout: EIB-Grafikatelier, Sabine Tissot

Fotos: Bildarchiv EIB, Bosch

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellenachweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

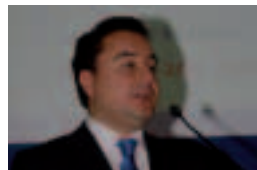
Sitzung I: Aussichten für die Region aus politischer Sicht



Gerlando Genuardi,
Vizepräsident der EIB



Olli Rehn,
Erweiterungskommissar der EU



Ali Babacan, Staatsminister
verantwortlich für Treasury;
EU-Verhandlungsführer, Türkei

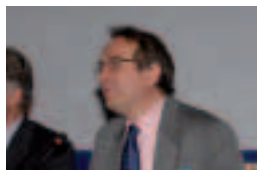


Botschafter Charalambos Rocanas,
Generalsekretär des Außenministeriums,
Griechenland



Dimitrij Rupel, Außenminister, Slowenien

Sitzung II: Aussichten für die Region aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht



Quentin Peel, Redakteur für internationale
Angelegenheiten, Financial Times



Gerald Knaus, Präsident, Europäische
Stabilitätsinitiative, Brüssel



Loukas Tsoukalis,
Präsident der Griechischen Stiftung für
Europäische und Internationale Politik



Laza Kekic, Direktor,
Economist Intelligence Unit



Panayiotis C. Ioakimidis, Professor für
Politikwissenschaften an der
Universität für Rechts-, Wirtschafts-
und Politikwissenschaften in Athen

Sitzung III: Regionale Integration



Torsten Gersfelt,
Vizepräsident der EIB



Prof. Apostolas Goulas,
Vorsitzender des
Verwaltungsrats, Egnatia
Odos, Griechenland



Mirosljub Labus,
ehemaliger stellvertretender
Ministerpräsident, Serbien



Michalis Sarris,
Finanzminister, Zypern



Galina Tosheva,
stellvertretende Ministerin
für Wirtschaft und Energie,
Bulgarien



Mustafa Alper,
Generalsekretär, Yased
– International Investors
Association, Türkei

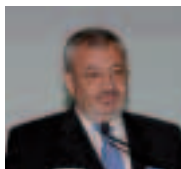


Anastassios Kallitsantis,
Mitglied des
Verwaltungsrats, Federation
of Greek Industries

Sitzung IV: Investitionen in die Region



Ivan Piliip,
Vizepräsident der EIB



Sebastian Vladescu,
Finanzminister, Rumänien



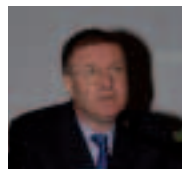
Ionnis Pehlivanidis,
Vizepräsident und
stellvertretender CEO,
griechische Nationalbank



Giorgio Tellini, CEO,
SACE SpA, Italien



Fernando Becker, Direktor
Corporate Resources,
Iberdrola, Spanien



Thomas Hackett, Direktor
mit Generalvollmacht,
Finanzierungen in Europa,
EIB



Francis A.W. Carpenter,
CEO, Europäischer
Investitionsfonds (EIF)

Ein Gremium von Wissenschaftlern und Politikexperten nahm Stellung zur Erweiterungsgaganda der EU und untersuchte, welche der zugrundeliegenden Faktoren weitere wirtschaftliche und politische Reformen vorantreiben und welche sie behindern.

Bisher ist die EIB die wichtigste Quelle für die finanzielle Unterstützung der europäischen Regionen und der EU-Partnerländer, für die sie sowohl Finanzierungen als auch technisches Know-how zur Verfügung stellt, um den Fortschritt in den Gebieten mit besonders hohem Entwicklungsbedarf voranzutreiben. Die Bank wird ihre Arbeit in den betreffenden Regionen durch drei neue Initiativen ausweiten – JASPERS, JEREMIE und JESSICA (siehe Artikel auf Seite

8) -, die im Zuge der Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der EU-Institutionen eingeführt werden.

Diese drei Initiativen, die auf Anregung der EIB in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und anderen Verwaltungs- und Finanzierungsinstitutionen der EU zur Förderung der Regionalentwicklung eingerichtet worden sind, können in der Zukunft der Region eine wesentliche Rolle spielen.

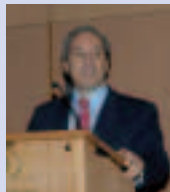
Als notwendige Maßnahmen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in Südosteuropa nannte Philippe Maystadt die Ausweitung der Verkehrsnetze einschließlich der Seewege, den Ausbau der Energienetze und die Verbesserung des regionalen

Handels. „Dies erschließt die Möglichkeit, eine regionale Freihandelszone in den westlichen Balkanländern zu schaffen, um den Markt zu erweitern und die Region Südosteuropa attraktiver für private Investitionen, insbesondere für ausländische Direktinvestitionen, zu machen.“

Auf dem Forum in Athen wurde auch darüber diskutiert, wie Regierungen, Banken und private Projektträger ihre Investitionen am besten planen und nach Prioritäten einstufen können, wie mögliche Finanzierungsquellen zur Unterstützung von Infrastrukturinvestitionen erschlossen werden können und wie Privatunternehmen bzw. KMU einen besseren und einfacheren Zugang zu Kapital bekommen können. ➔

Abendessen anlässlich des jährlichen EIB-Forums

Beim **Abendessen anlässlich des jährlichen EIB-Forums** wurden die Gäste vom griechischen Minister für Wirtschaft und Finanzen, Georgios Alogoskoufis, begrüßt, der sich zuversichtlich in Bezug auf die Zukunft der Weltwirtschaft und den Platz der erweiterten EU darin zeigte. Für Georgios Alogoskoufis ist das zunehmende Engagement der EU in Südosteuropa ein Katalysator für die wirtschaftliche und politische Stabilität. Er forderte die EIB auf, ihre Mittel effektiv zum Wohle der Region einzusetzen und ihre Aktivitäten auf weitere Sektoren und geographische Gebiete auszuweiten. Der Minister begrüßte die Entscheidung für Athen als Veranstaltungsort des Forums – für ihn ein guter Ausgangspunkt für die Verbreitung von Informationen in der Region. Die Ausweitung auf die südosteuropäischen Länder bietet nach seinen Worten sowohl Chancen als auch Verpflichtungen in den Beziehungen mit seinen Nachbarn. „Unsere Zukunft hängt von ihrer Entwicklung ab. Diese Region bietet gute Aussichten. Wir müssen dazu beitragen, dass das nächste Wirtschaftswunder stattfinden kann.“



Anerkennung für Fortschritte

Der erste Teil des Forums richtete sich an die Politiker, die die Integration der Region in die Union aus einer fundierten nationalen und gesamteuropäischen Perspektive darstellten.

Dabei ging der EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn auf die Bedeutung der EIB im Zusammenspiel der EU-Institutionen ein. „Die Europäische Investitionsbank ist ein sehr wichtiger Partner der Europäischen Kommission in der Region. Wir arbeiten zusammen, um Südosteuropa voranzubringen auf dem Weg zu einer wachstumsstarken, dynamischen Region mit einer zukunftsorientierten Perspektive. Ich möchte, dass die Menschen in dieser Region mehr über ihre gemeinsame europäische Zukunft und weniger über das, was sie in der Vergangenheit getrennt hat, reden.“

Um die umfangreiche finanzielle Unterstützung zu gewährleisten, die für den Fortschritt in der Region Südosteuropa erforderlich ist, hat die Kommission die Einrichtung eines einzigen **Instrument für Heranführungshilfe** (Instrument for Pre-Accession Assistance - IPA) vorgeschlagen, in dem alle bisherigen Heranführungsinstrumente der EU zusammengefasst werden sollen.

Der EU-Kommissar machte die Haltung der Kommission unmissverständlich klar: Die Länder, die die strengen Auflagen für den Beitritt erfüllen, werden durch die entsprechenden Schritte zur Mitgliedschaft belohnt werden. Nichtsdestotrotz machte Olli Rehn deutlich, dass Kommissionspräsident

Barroso eine vereinfachte Entscheidung über die institutionellen Grundlagen der EU fordert, bevor künftige Erweiterungen stattfinden können. Diese Meinung wurde von allen Rednern des Gremiums geteilt.

Zeit und Ausdauer – zwei wichtige Faktoren

Ali Babacan, türkischer Staatsminister für das Schatzamt und Verhandlungsführer seines Landes für die EU-Beitrittsgespräche, stellte abschließend fest, dass die nationale Reform nur in Ländern erfolgreich sein könne, die sich nicht nur auf den Wandel in den Köpfen konzentrieren, sondern auf die noch wichtigere Umsetzung. Staatsminister Babacan bezeichnete sein Land als ein Tor zum Nahen Osten und zu Südosteuropa. Wegen der wesentlichen Reformen, die die Türkei im Rahmen ihrer Bemühungen um die Aufnahme in die EU vollzogen habe, könne sie als ein Beispiel für Südosteuropa gelten. Er betonte, dass internationale Anstrengungen, Freihandelsvereinbarungen und der zivile Dialog sehr wichtig seien, um den langen Weg bis zum Beitritt zu ebnen.

Botschafter Charalambos Rocanas, Generalsekretär des griechischen Außenministeriums, betonte die Bedeutung der öffentlichen Meinung im Kampf gegen die Erweiterungsmüdigkeit nach der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden. Rocanas forderte Zeit und Ausdauer, wobei er den Teilnehmern versicherte, dass die Verzögerung bei der Ratifizierung der Verfassung de facto Chancen biete und Optimismus erlaube. Vielleicht bedürfe es nur einer gewissen Zeit,

um die Skepsis zu beenden und die letzte Erweiterung in der EU und den Wandel in Südosteuropa zu verarbeiten.

Slowenien, ein Land, das direkt an die Region angrenzt und Erfahrungen mit dem Beitritt aus erster Hand gemacht hat, war durch seinen Außenminister Dimitrij Rupel vertreten, der in seinem Beitrag auf eine weitere Herausforderung einging. Der Minister, für den die Vorteile, die sich für die Region in der letzten Zeit ergeben haben, auf der Hand liegen, sieht in ihrer künftigen Entwicklung einen Testfall für die Glaubwürdigkeit der EU als ein Akteur der Außenpolitik und der Sicherheit. Diese Botschaft sei jedoch positiv zu sehen, denn der Kooperationsgeist könne die Integration erleichtern. Dimitrij Rupel verwarf die oft genannten Bedenken hinsichtlich der Aufnahmefähigkeit und bestätigte, dass im Fall seines eigenen Landes die Annäherung an die EU-Mitgliedschaft ein zentraler Faktor für Reformen war. Indem die EU die Beitrittsvorbereitungen der Region Südosteuropa erleichtere, steigere sie wiederum ihre eigene Fähigkeit zur Aufnahme neuer Mitglieder.

Neue Aufgaben für die EU im Erweiterungsprozess

Der zweite Teil des Forums, bei dem Quentin Peel, Redakteur für internationale Angelegenheiten der Financial Times, den Vorsitz führte, bildete den Rahmen für äußerst informative Diskussionsbeiträge. Zum Expertengremium gehörten Loukas Tsoukalis, Präsident der griechischen Stiftung für Europäische und Internationale Politik und Sonderberater des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso; Laza Kekic, Direktor der Economist Intelligence Unit; Panayiotis Ioakimidis, Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Recht, Wirtschaft und Politik in Athen sowie Gerald Knaus, Präsident der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI).

Die Erweiterung ist das bisher erfolgreichste außenpolitische Instrument der EU – für den Frieden ebenso wie für den Wohlstand. Die Experten ließen keinen Zweifel daran, dass es daher sinnvoll sei, dieses Instrument zur Modernisierung und Integration der Region Südosteuropa einzusetzen. Es sei jedoch klar, dass die Erweiterung selbst neue Aufgaben für die EU mit sich bringe. Die Reform in den südosteuropäischen Ländern müsse weitergehen, aber differenzierter werden und sich auf Aspekte wie Handelsverbindungen, Regelungen und Infrastrukturmaßnahmen konzentrieren, d.h. auf Bereiche, die sich positiv auf die Wirtschaft auswirken. Die Experten betonten darüber

hinaus die Wichtigkeit eines anhaltenden Fortschritts auch nach dem Beitritt, der als ein weiterer Schritt auf dem Weg zu Reformen statt als Abschluss der Integration gesehen werden sollte.

Im Anschluss an diesen Punkt folgte eine komplexe Diskussion über die Erweiterungsmüdigkeit. Gerald Knaus appellierte an die Elite der westlichen Balkanländer, und verwies darauf, wie wichtig es sei, mit dem Mythos der Müdigkeit in der Bevölkerung aufzuräumen. Auf den Fall Bulgariens eingehend, bestätigte er, dass Länder große Fortschritte bei den Beitrittsvorbereitungen machen können, wenn ihnen sowohl konkrete Termine für Erweiterungsgespräche als auch spürbare Hilfen angeboten werden. Die Redner stimmten außerdem darin überein, dass die Skepsis, die in der Bevölkerung der Region gegenüber der EU-Agenda herrsche, nur abgebaut werden könne, wenn konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Ländern einen glaubwürdigen, wenn auch vorübergehenden, vorläufigen Status bis zum Erwerb der EU-Mitgliedschaft zu verleihen.

Infrastruktur – eine Top-Priorität

Am zweiten Tag des Forums wurde das komplexe Problem der regionalen Integration behandelt. Auch an diesem Tag war die Botschaft unmissverständlich. Redner wie Miroljub Labus, der ehemalige stellvertretende serbische Ministerpräsident, Michalis Sarris, der zypriotische Finanzminister, und Mustafa Alper, Generalsekretär der International Investors Association of Turkey (YASED) definierten die regionale Integration als Erfolg der wirtschaftlichen Integration. Freihandelsvereinbarungen und ausländische Direktinvestitionen wurden als Impulse für nachhaltigen wirtschaftlichen Fortschritt und für politische und institutionelle Stabilität gesehen.

Infrastruktur war auch hier für alle Teilnehmer das Schlüsselwort. Galina Tosheva, der stellvertretende bulgarische Minister für Wirtschaft und Energie, ging auf die kürzlich mit der EIB unterzeichnete Absichtserklärung ein, in der für den Zeitraum 2007-2013 ein Rahmen von 500 bis 700 Mio EUR pro Jahr für die Unterstützung von Investitionen in die Verkehrs- und in die Basisinfrastruktur festgelegt wird (siehe Artikel auf Seite 14). Am Rande des Forums wurde eine ähnliche Absichtserklärung mit Vertretern der rumänischen Regierung unterzeichnet – ein Schritt, der das Engagement der Bank für die Zukunft Rumäniens in der EU unterstreicht.

In der Zeit des Grünbuchs der EU und des Kyoto-Abkommens, so mehrere Redner, sei Energie ein Gesprächsthema, und zwar sowohl unter dem Aspekt des grenzüberschreitenden Zugangs als auch hinsichtlich der Diversifizierung der Quellen. Die Unterstützung der EIB für die transeuropäischen Netze, mit denen ausgesprochen wichtige grenzüberschreitende Verkehrs- und Energienetze geschaffen werden, wurde einstimmig begrüßt. Der Erfolg des Egnatia-Autobahnprojekts wurde als ein gutes Beispiel angeführt. Das Egnatia-Projekt betrifft den Bau einer 670 km langen Autobahn, die den Hafen von Igoumenitsa, Griechenland, mit der griechisch-türkischen Grenze verbindet. Die EIB war erheblich an der Finanzierung dieses vorrangigen TEN-Vorhabens beteiligt, dessen Fertigstellung für Ende 2008 vorgesehen ist. Schwerpunkt dieser Sitzung war die Ausarbeitung gemeinsamer Vereinbarungen in den Bereichen Handel, Investitionen, Verwaltung und Infrastruktur, um Reformen in der Region voranzubringen.

Ist die Zeit reif für eine Beteiligung der Privatwirtschaft?

In der Schluss-Sitzung des EIB-Forums 2006 befassten sich die Teilnehmer eingehender mit den Investitionsmöglichkeiten in der aussichtsreichen Region Südosteuropa. Argumente für Investitionen in der Region wurden von den drei großen Akteuren auf diesem Gebiet präsentiert: Für die Regierungen sprach der rumänische Finanzminister Sebastian Vladescu; der Privatsektor wurde u.a. durch Fernando Becker, Direktor der Corporate Resources, Iberdrola, Spanien, vertreten, und die Finanzierungsinstitutionen hatten ebenfalls Redner entsandt. Unter ihnen war als Vertreter der Privatbanken

Ioannis Pehlivanidis, stellvertretender geschäftsführender Direktor der griechischen Nationalbank, und für die öffentlichen Institutionen sprachen u.a. Francis Carpenter, geschäftsführender Direktor des Europäischen Investitionsfonds, und Thomas Hackett, EIB, Direktor mit Generalvollmacht, Direktion Finanzierungen in Europa.

Alle Redner äußerten sich positiv zur Verbesserung der Wirtschaftslage in den südosteuropäischen Ländern. Sie führten dies teilweise auf die Öffnung des Bankensektors in den 90er Jahren zurück sowie auf geänderte Vorschriften, die einen Boom bei den ausländischen Direktinvestitionen begünstigten. Die Erzielung von Wettbewerbsvorteilen durch die Einbeziehung der Privatwirtschaft in der Region wurde als sehr wichtig angesehen. Die Redner begrüßten die kürzlich durchgeführten Privatisierungen im Verkehrs- und im Telekommunikationssektor, die sie als entscheidend und darüber hinaus als günstig für die Entwicklung der Wirtschaft im allgemeinen ansehen.

Dabei gingen sie auch ausdrücklich auf die zentrale Rolle der EIB in der wirtschaftlichen Entwicklung der Region ein. Der rumänische Minister hob die steigende Zahl von Projekten hervor, bei denen sich die Zusammenarbeit mit spezialisierten Institutionen wie der Bank als sehr wertvoll erwiesen habe. Die Vertreter der EIB-Gruppe äußerten auch ihre feste Überzeugung, dass die Aktivitäten in der Region durch die Kooperation mit der Gemeinschaft der EU-Institutionen vorangetrieben werden müssen. Francis Carpenter stellte ein Reihe von wichtigen gemeinsamen Initiativen mit der Europäischen Kommission vor, darunter das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit

Unterzeichnungen

Am Rande des jährlichen Forums unterzeichnete die EIB eine Reihe von Darlehen, mit denen die Entwicklung der Region Südosteuropa unterstützt wird. Zwei der sechs Finanzierungsoperationen, die in Athen zum Abschluss gebracht wurden, betrafen die Unterstützung von KMU und entsprachen damit einem der 5 vorrangigen Ziele der EIB in der EU. Dabei handelte es sich um eine Kreditlinie über 20 Mio EUR an die rumänische Bank Bancpost und eine Kreditlinie im Betrag von 40 Mio EUR an die Geniki Bank Griechenland. Eine weitere Kreditlinie über 50 Mio EUR wurde der EFG-Bank, ebenfalls in Griechenland, eingeräumt und dient speziell der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben. Die EIB genehmigte darüber hinaus zwei Darlehen für den Ausbau und die Sanierung der U-Bahn-Netze in Bukarest (Rumänien) (63 Mio EUR) und Athen (Griechenland) (100 Mio EUR) sowie von 70 Mio EUR für die Modernisierung der Abwassernetze in Limasol (Zypern). Investitionen in das Humankapital, insbesondere im Bildungs- und im Gesundheitssektor, gehören zu den Prioritäten der EIB. Dies ist ein Wachstumssektor für die Bank, und in diesem Sinne ist die Unterzeichnung eines Vertrages über 200 Mio EUR für mehrere Bildungsvorhaben in Griechenland von großer Bedeutung für ihre Arbeit in der Region Südosteuropa.



Absichtserklärung zwischen der EIB und Rumänien

Am Rande des jährlichen Forums der EIB, das am 19./20. Oktober 2006 in Athen stattfand, unterzeichneten der rumänische Finanzminister Sebastian Vladescu, der einer der Redner der Veranstaltung war, und die EIB, vertreten durch ihren Präsidenten Philippe Maystadt, eine Absichtserklärung, die den Rahmen für die künftige Unterstützung des rumänischen Investitionsprogramms bildet. Die Finanzierungsbeiträge, die auf jeden Fall an konkrete Projektvorschläge gebunden sind, könnten aufgrund der Vereinbarung eine Richtgröße von 1 Mrd EUR pro Jahr erreichen und an den sich ändernden Bedarf angepasst werden.

Generell wird sich die Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der EIB auf die folgenden Entwicklungsziele konzentrieren:

- Einrichtung spezieller Kofinanzierungs-Fazilitäten und neuer Instrumente für Investitionen, die aus Mitteln des Kohäsionsfonds und der Strukturfonds der EU unterstützt werden;
- enge Zusammenarbeit bei der Durchführung von Projekten, die von der Bank finanziert werden, wobei die technische und sektorspezifische Erfahrung auch für die effiziente Verwendung von EU-Zuschussmitteln genutzt werden soll. Dies umfasst im Rahmen der JASPERS-Initiative die Bereitstellung von Fachwissen für die Vorbereitung ausgewählter Projekte, die im Nationalen Aktionsplan definiert sind und aus Mitteln des Kohäsionsfonds und der Strukturfonds der EU finanziert werden;
- Erweiterung der Mittelbeschaffungsquellen für KMU durch das JEREMIE-Programm unter Mitwirkung des Europäischen Investitionsfonds (EIF), der auf Risikokapitaloperationen und Garantien spezialisierten Tochtergesellschaft der Bank;
- Unterstützung einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung durch das eigens hierfür entwickelte Programm JESSICA;
- Unterstützung der Regierung und privater Partner bei der Strukturierung und Durchführung von PPP-Projekten.

Die Bank wird demnächst ein Regionalbüro in Bukarest eröffnen, in dem Mitarbeiter der EIB und der JASPERS-Initiative tätig sein werden. Ähnliche Büros sollen in Wien und Warschau eingerichtet werden.

und Innovation, dessen Finanzierungsinstrumente vom EIF verwaltet werden, wenn es im Januar 2007 in Kraft tritt. Darüber hinaus stellte er den Zuhörern die Initiative JEREMIE vor, in deren Rahmen Teile von EFRE-Zuschussmitteln in Finanzierungsprodukte umgewandelt werden können. Als diese Initiative zusammen mit den ihr verwandten Programmen JASPERS und JESSICA Anfang Oktober anlässlich der Woche der Regionen in Brüssel vorgestellt wurde, stieß sie bei den Vertretern der Regionen auf großes Interesse (siehe Artikel auf Seite 8).

Mit Blick auf die Kandidatenländer Kroatien und Türkei sowie auf die westlichen Balkanstaaten als potenzielle Bewerber stellte Thomas Hackett einen umfassenden Plan für Aktivitäten vor, mit denen sich die EIB den mit der nächsten Erweiterung verbundenen Aufgaben stellen will. Dabei informierte er über die zunehmenden Finanzierungen, die die Bank in der Region als Ergänzung zu EU-Zuschussmitteln zur Verfügung stellt, um die Finanzierungslücken bei grundlegenden Infrastrukturvorhaben sowie bei der Entwicklung von KMU zu schließen.

Schlusswort

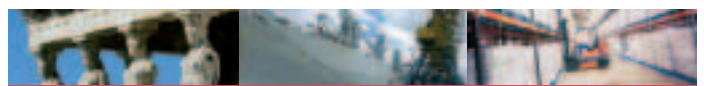
Der griechische Finanzminister Giorgos Alogoskoufis sprach das Schlusswort zum Forum in Athen. Dabei bot er an, die Erfahrungen Griechenlands weiterzugeben, um seine Nachbarn auf ihrem Weg in die EU zu unterstützen. Zusammenfassend sprach er im Namen aller Teilnehmer der EIB seine Anerkennung für ihre Tätigkeit aus. Dabei legte er der Bank nahe, sich noch umfassender in der Region zu engagieren:

„Die EIB ist weder eine Entwicklungsbank wie die Weltbank, noch ist sie eine Bank für den Übergangsprozess, wie die EBWE. Die EIB ist eine Bank für die Integration, die unser gemeinsames Ziel in der EU und generell für die Weltwirtschaft ist.“ □

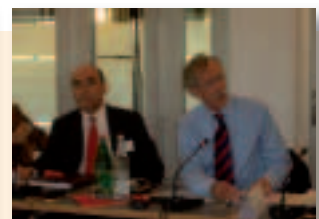
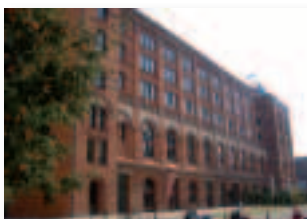


In seinem Schlusswort zum Forum in Athen bot der griechische Finanzminister Georgios Alogoskoufis an, die Erfahrungen seines Landes weiterzugeben, um seine Nachbarn auf ihrem Weg in die EU zu unterstützen.

Von Úna Clifford
Hauptabteilung
Kommunikation und Information



Die EIB trifft mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen



Am 26. Oktober 2006 hat die EIB im Rahmen ihres Dialogs mit der Zivilgesellschaft einen Workshop für Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) in Berlin abgehalten. Daran nahmen Vertreter internationaler nichtstaatlicher Organisationen (NGO) und von Organisationen aus Deutschland und Nordosteuropa teil.

Der Workshop war Teil einer Reihe regionaler Zusammenkünfte mit NGO und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, die seit 2001 etwa zweimal jährlich stattfinden. Die Tagesordnung für diese Veranstaltungen wird in Zusammenarbeit mit interessierten Organisationen erstellt. Für den Workshop in Berlin umfasste das Programm Sitzungen zu drei Themen: Corporate Responsibility, Umwelt und Klimaschutz sowie Energie und Klimaschutz.

Vorsitzender des Workshops in Berlin war EIB-Vizepräsident Simon Brooks. Dietrich Jahn, Leiter der Unterabteilung Finanzielle Grundsatzfragen der Abteilung Europapolitik im Bundesministerium der Finanzen, hielt die Eröffnungsansprache für das Mitglied des EIB-Verwaltungsrats für Deutschland, Karsten Pillath. Jede der drei Sitzungen wurde von Rednern der EIB und der Organisationen der Zivilgesellschaft eingeleitet. Die Referenten vertraten folgende CSO: „Transparency International“ und „Campagna per la Reforma della Banca Mondiale“ zum Thema Corporate Responsibility; WWF

(Büro Berlin) zum Thema Umwelt und Klimaschutz sowie CEE Bankwatch Network zum Thema Energie und Klimaschutz.

Während der Diskussion maßen die CSO der Umsetzung der Umweltpolitik der EIB und der Anhörung der Öffentlichkeit zu einer integrierten Umwelt- und Sozialpolitik der EIB besonderes Gewicht zu. Simon Brooks bestätigte, dass die Bank beabsichtigt, zu ihrer Umwelt- und Sozialpolitik voraussichtlich ab Ende 2007 eine Anhörung der Öffentlichkeit durchzuführen. Die Delegierten der CSO zeigten außerdem ein besonderes Interesse an dem Rahmen für die Beurteilung von Entwicklungseffekten (Development Impact Assessment Framework - DIAF)¹⁾ und forderten die Bank auf, seine Anwendung auf Regionen außerhalb der Länder Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans auszuweiten.

Zum Abschluss des Workshops brachte EIB-Vizepräsident Simon Brooks sein Interesse an einer Fortführung der Diskussionen mit den CSO zum Ausdruck. Er stellte die Bedeutung einer ausgewogenen Berücksichtigung der verschiedenen Faktoren bei den Überlegungen heraus und betonte, dass sowohl die Bank als auch die CSO weiter auf eine größere Ausgewogenheit hinarbeiten müssten. Er bat sie, auch in Zukunft weiter Druck auf die EIB auszuüben. „Wir sind sicherlich nicht immer einer Meinung. Jedoch hat die EIB von den Herausforderungen, die die CSO uns gestellt haben, profitiert. Diese Herausforderungen haben uns geholfen, unsere Arbeit besser zu machen“, sagte er. □

*Von Matilde Del Valle,
Referat Kontakte mit der Zivilgesellschaft
Hauptabteilung Kommunikation und Information*

¹⁾ Dieser Rahmen wird von der EIB verwendet, um die Entwicklungseffekte von Projekten zu beurteilen. Seine Anwendung befindet sich derzeit in der Pilotphase und betrifft nur die AKP-Staaten.

Die EIB trifft Vertreter der Regionen in Brüssel

In den letzten vier Jahren hat die Europäische Investitionsbank stets an den „Open Days“, der größten Veranstaltung im Rahmen der vom Ausschuss der Regionen organisierten Europäischen Woche der Regionen und Städte, teilgenommen. Über 130 Regionen – aufgeteilt in 14 Gruppen aus 20 Mitgliedstaaten, zwei Beitrittsländern und zwei Nicht-EU-Ländern – waren auf der diesjährigen Veranstaltung vertreten.



Die aktive Teilnahme der EIB an den „Open Days“ spielt vor dem Hintergrund ihrer Verpflichtung, drei Viertel ihrer Darlehen in der EU in Regionen mit Förderstatus zur Verfügung zu stellen, eine wichtige Rolle. Zudem war die Teilnahme dieses Jahr von besonderer Bedeutung. 2006 hat die EIB-Gruppe in Zusammenarbeit mit der Kommission und weiteren internationalen Finanzierungsinstitutionen wesentlich zur Ausgestaltung von drei Initiativen (JASPERS, JEREMIE und JESSICA) beigetragen. Sie sollen EU-Mitgliedstaaten dabei unterstützen, Fördermittel der Europäischen Union im Zeitraum 2007-2013 in Einklang mit den Prioritäten der EU hinsichtlich der Konvergenz und des sozialen Zusammenhalts wirksamer und effizienter abzurufen.

In der kommenden Förderperiode, die am 1. Januar 2007 beginnt und die nächsten sieben Jahre umfasst, sind für die Bereiche Konvergenz und regionale Wettbewerbsfähigkeit über 300 Mrd EUR vorgesehen. Erstmals wird der Haushaltsplan der EU für die Regionalentwicklung (etwa 36% der Gesamtausgaben der Gemeinschaft) die Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik übersteigen. Da die durch EU-Zuschüsse unterstützten Projekte auch aus anderen Quellen mitfinanziert werden, dürften sich die gesamten Investitionskosten der Vorhaben in den Regionen, die unter die vorrangigen Konvergenzziele

fallen und für Zuschüsse im Rahmen der EU-Fonds in Betracht kommen, auf etwa 500 Mrd EUR belaufen. Die „Open Days“ haben sich zu einem sehr nützlichen Forum entwickelt, um Vertreter der europäischen Regionalverwaltungen darüber zu informieren, wie sie diese Mittel erfolgreich in Anspruch nehmen können.

Die „Open Days 2006“ begannen am 9. Oktober mit einer Podiumsdiskussion im Royal Museum of Art and History in Brüssel. Die Eröffnungsveranstaltung zum Thema öffentlich-private Partnerschaften (Public-Private Partnerships, PPP) befasste sich mit der Regionalentwicklung im Rahmen der erneuerten Lissabon-Strategie, einschließlich des Themas des verstärkten Einsatzes von PPP-Finanzierungen. Die Veranstaltung löste eine lebhaft diskutierte Diskussion aus, an der der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner, EIB-Vizepräsident Ivan Pilip, der Präsident des Ausschusses der Regionen, Michel Delebarre, der finnische Minister für regionale und kommunale Angelegenheiten, Hannes Manninen, der Generalsekretär des europäischen Arbeitgeberverbandes UNICE, Philippe de Buck, sowie der frühere EU-Wettbewerbskommissar, Mario Monti, teilnahmen. Ivan Pilip betonte, dass PPP trotz all ihrer positiven Aspekte kein Allheilmittel seien und auf diese innovative Finanzierungslösung mit Vorsicht zurückzu-

greifen sei, wobei jedes geeignete Projekt einzeln geprüft werden müsse.

Präsentationen der drei genannten Initiativen (JASPERS, JEREMIE und JESSICA) gehörten zu den meistbesuchten Veranstaltungen am zweiten Tag der „Open Days“. Im Rahmen des Workshops über die JASPERS-Initiative (Joint Assistance to Support Projects in European Regions – Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen) gaben Patrick Walsh, Leiter der Task Force Jaspers der EIB, Brendan Smyth von der Generaldirektion Regionalpolitik der Kommission und Gerald Muscat von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Erklärungen zur konkreten Umsetzung dieser neuen gemeinsamen Initiative ab. JASPERS ist auf die Bereitstellung technischer Hilfe bei der Planung und Entwicklung von Investitionsvorhaben ausgerichtet, damit die Aussichten auf eine möglichst rasche Genehmigung von EU-Zuschüssen verbessert werden. Vertreter verschiedener Einrichtungen aus Mitteleuropa wurden darüber informiert, welche Investitionsvorhaben im Rahmen der JASPERS-Initiative unterstützt werden, die ihre Tätigkeit 2007 in vollem Umfang nicht nur von ihrem Sitz in Luxemburg, sondern auch von den Regionalbüros in Wien (das Vorhaben in den benachbarten neuen Mitgliedstaaten abdeckt), Warschau (das für Polen und die baltischen Staaten zuständig ist) und Bukarest (das Ru-

mänien und Bulgarien unterstützt) aufnehmen wird. Bisher wurden mit den nationalen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten (der zehn neuen Mitgliedstaaten sowie Bulgarien und Rumänien, die der EU am 1. Januar 2007 beitreten werden) Aktionspläne für 2006 im Gesamtumfang von 20 Mrd EUR unterzeichnet, die 93 Vorhaben – die Mehrzahl davon in den Bereichen Verkehr sowie Energie- und Umweltinfrastruktur – umfassen.

Marc Schublin vom Europäischen Investitionsfonds und George Kolivas von der Generaldirektion Regionalpolitik der Kommission stellten die JEREMIE-Initiative (Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises – Gemeinsame Initiative zur Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsquellen für Kleinst- sowie kleine und mittlere Unternehmen) vor. Diese Veranstaltung richtete sich an diejenigen Besucher der „Open Days“, die an Unterstützung für KMU interessiert sind. Die Anwesenden wurden über den aktuellen Entwicklungsstand dieser gemeinsamen Initiative der EIB und der Kommission unterrichtet. JEREMIE zielt darauf ab, Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen in Europa eine bessere Kapitalgrundlage für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Diese Initiative wird es den Mitgliedstaaten und Regionen ermöglichen, einen Teil ihrer Mittel aus den Strukturfonds in Finanzierungsinstrumente umzuwandeln, die speziell für die Unterstützung dieses wichtigen Bereichs der Volkswirtschaften entwickelt wurden.

Die Möglichkeiten der Finanzierung von Projekten in Stadtgebieten waren Gegenstand der Präsentation der JESSICA-Initiative (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas – Gemeinsame Initiative zur Unterstützung für nachhaltige Investitionen in Stadtgebieten). Diese Initiative ist das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der EIB, der Europäischen Kommission und der Entwicklungsbank des Europarats (CEB). JESSICA ermöglicht den nationalen Verwaltungsinstanzen für die EU-Strukturfondsmittel die Verwendung von Mitteln aus den EU-Strukturfonds zur Mobilisierung zusätzlicher Darlehen für PPP und andere Stadtentwicklungsprojekte in den Regionen der EU. Darüber hinaus wird das Know-how spezialisierter Institutionen wie z.B. der EIB, der CEB und anderer internationaler Finanzierungsinstitutionen im Finanz- und Verwaltungsbereich genutzt.

Im Rahmen eines Workshops mit Tom Barrett, Kim Kreilgaard und Tilman Seibert gaben die Mitarbeiter der EIB Auskunft über ihre

Erfahrung und ihre Fachkenntnisse bei der Finanzierung der Umsetzung der europäischen Politik des sozialen Zusammenhalts in Zusammenarbeit mit der Kommission und internationalen Finanzierungsinstitutionen. Darüber hinaus informierte Krzysztof Szyszko auf diesem Workshop über die Möglichkeiten einer Finanzierung von kommunalen Vorhaben durch die EIB und der Kombination von EIB-Darlehen mit Zuschüssen der EU,

die einen Beitrag dazu leisten sollen, dass Städten und Gebietskörperschaften eine zukunftsfähige Stadtentwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität für ihre Bürger gelingen.

Die EIB war das zweite Jahr in Folge mit einem Stand bei den „Open Days“ vertreten und bot den Regionen damit eine weitere Informationsquelle. □

*Von Patrick Walsh, Leiter – Task Force Jaspers
und Dušan Ondrejčka,
Hauptabteilung Kommunikation und Information*



Ein Jahr nach dem Start der JEREMIE-Initiative: Ausblick auf die weitere Entwicklung

Von Daniela Feltes
Junior Project Manager
JEREMIE-Team



Bei JEREMIE (Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises) handelt es sich um eine gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission (Generaldirektion Regionalpolitik - GD Regio), des EIF und der EIB, die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in den EU-Mitgliedstaaten den Zugang zu Finanzierungsmitteln erleichtern soll.

Ziel der JEREMIE-Initiative ist es, im Rahmen der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013 den Zugang zu Finanzierungsmitteln und Innovationen zu verbessern. Die Ergebnisse, die im vorangegangenen Programmplanungszeitraum (2001-2006) bei der Bereitstellung von EFRE-Mitteln (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) für Financial Engineering erzielt wurden, waren in Bezug auf den Umfang der zugesagten Mittel schwach und basierten hauptsächlich auf der Gewährung von Zuschüssen. Dieser Ansatz entspricht nach Ansicht der Europäischen Kommission nicht genau den Zielen der Lissabon-Strategie.

Im Rahmen der JEREMIE-Initiative, die im Oktober 2005 gestartet wurde, können die

EU-Mitgliedstaaten und Regionen anstelle von Zuschüssen EFRE-Mittel in Form marktorientierter Finanzierungsinstrumente mit revolvierendem Charakter einsetzen, wobei es sich um Eigenkapital- und Risikokapitalinstrumente, Darlehen und Garantien handeln kann. Bei der Initiative, die in Kürze in die Durchführungsphase eintritt, handelt es sich um eine Art „Tool-Box“ zur Entwicklung dieser Finanzierungsinstrumente, die KMU zugute kommen sollen, die EFRE-Mittel in Anspruch nehmen, wobei diese EFRE-Mittel im Auftrag der Mitgliedstaaten und Regionen von einem „Holding Fund“-Manager gehalten und verwaltet werden. Die Slowakei und Griechenland haben mit dem EIF bereits vorläufige Managementvereinbarungen getroffen. Eine klarere Übersicht über die JEREMIE-Operationen des EIF wird im Laufe des ersten Quartals 2007 erstellt

werden, wenn die Mitgliedstaaten im Zuge der Fertigstellung ihrer Operationellen Programme definitiv über die Verteilung ihrer Strukturfondsmittel entscheiden.

2007: Von der Vorbereitungs- in die Durchführungsphase

In der Vorbereitungsphase 2006-2007 von JEREMIE wird der EIF im Auftrag der GD Regio die in den EU-Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach Financial Engineering-Produkten bestehende Diskrepanz bewerten und Maßnahmen vorschlagen, die ergriffen werden müssen, um Finanzierungslücken zu schließen und Unzulänglichkeiten des Marktes zu beheben. Die GD Regio und die Mitgliedstaaten/Regionen werden die Bewertungen des EIF

zur Identifizierung des im Bereich des Financial Engineering bestehenden Bedarfs verwenden und ihre jeweiligen nationalen Operationellen Programme für den Einsatz der EU-Strukturfondsmittel im Zeitraum 2007-2013 fertigstellen.

Ab Januar 2007 wird die JEREMIE-Initiative schrittweise in ihre Durchführungsphase übergehen. Zunächst wird die jeweilige nationale/regionale Verwaltungsbehörde darüber entscheiden müssen, ob sie ihre Financial Engineering-Maßnahmen im Rahmen der JEREMIE-Initiative umsetzen und welchen Betrag sie aus EFRE-Mitteln für den JEREMIE-Holding Fund zur Verfügung stellen wird. Anschließend muss sie auf der Grundlage eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens einen Fondsmanager für den JEREMIE-Holding Fund auswählen. Dieses Verfahren ist nicht erforderlich, wenn der EIF direkt mit der Verwaltung des Holding Fund beauftragt wird. Eine nationale Einrichtung kann ohne vorheriges Ausschreibungsverfahren nur dann als Holding Fund-Manager tätig werden, wenn die jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften diese Abweichung von den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge gestatten. Insbesondere in den Fällen, in denen der EIF als Holding Fund-Manager fungiert, könnte eine Finanzierung des erforderlichen nationalen Beitrags zu den Strukturfondsmitteln durch die EIB möglich sein. Dieser nationale Beitrag ist vom Stand der Regionalentwicklung abhängig und variiert zwischen 15% und 50%.

Der Holding Fund-Manager wird die bereitgestellten EFRE-Mittel im Auftrag des jeweiligen Mitgliedstaats oder der jeweiligen Region „verwalten“. Er wird Operationen vorbereiten und empfehlen sowie die Überwachung der Operationen sicherstellen. Die JEREMIE-Instrumente gewährleisten eine optimale Flexibilität, da der Holding Fund-Manager in der Lage sein wird, ein breites Spektrum verschiedener Finanzprodukte, die von Eigenkapital- und Quasi-Eigenkapital- bis hin zu Risikokapitalfinanzierungen, Darlehen, Garantien und Mikrofinanzierungen reichen, zugunsten der in den Regionen ansässigen KMU einzusetzen. Es wird möglich sein, die Mittel in Abhängigkeit vom tatsächlichen Bedarf zugunsten des einen oder anderen Finanzierungsinstruments umzuverteilen. Im Rahmen der JEREMIE-Initiative vergebene und zurückgezahlte Mittel werden auf „Rollover-Basis“ für neue Finanzierungen zugunsten von KMU zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierungsinstrumente dürften naturgemäß eine Hebelwirkung auf die ver-

walteten Mittel haben. Die zur Finanzierung von KMU eingesetzten Instrumente werden nicht nur einen direkten Beitrag leisten, sondern auch die Möglichkeiten von KMU zur Aufnahme zusätzlicher Finanzierungsmittel verbessern. Die professionelle Verwaltung der für JEREMIE bereitgestellten Mittel dürfte darüber hinaus für europäische Finanzinstitute, Banken und Investoren An-

reize schaffen, sich an Holding Fonds oder zwischengeschalteten Instituten, die von JEREMIE unterstützt werden, zu beteiligen oder diesen Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies trifft insbesondere auf die EIB zu, und zwar z.B. in den Fällen, in denen JEREMIE-Mittel als „Risikoreserve“ das nachrangige Risiko bei Garantieoperationen abdecken könnten. □

Interview mit Marc Schublin, Leiter des JEREMIE-Teams des EIF



Inwiefern stellt JEREMIE gegenüber dem derzeitigen Verfahren zur Umsetzung von Financial Engineering-Maßnahmen über die EU-Strukturfonds einen Schritt nach vorne dar?

Erstens wird der besondere Charakter dieser Finanzierungsmaßnahmen in der im Juli 2006 verabschiedeten neuen EU-Strukturfondsverordnung klar erläutert. Ihre Umsetzung stellt eine Abkehr von den allgemeinen Bestimmungen dar, bei deren Festlegung die Bereitstellung von Zuschüssen aus Haushaltsmitteln zugrunde gelegt wurde. JEREMIE erfährt ebenso wie die JESSICA-Initiative eine besondere Behandlung, da hier revolutionäre Finanzprodukte zum Einsatz kommen. Zweitens wird auch der EIB-Gruppe eine Sonderbehandlung zuteil, da allein schon die Tatsache, dass der EIF oder die EIB als Fondsmanager eingesetzt werden, eine Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie für die Vergabe öffentlicher Aufträge darstellt. Im Klartext bedeutet dies, dass eine nationale Behörde, die EFRE-Mittel verwaltet, den EIF direkt mit dem Management ihrer KMU-Maßnahmen betrauen kann, ohne ein Ausschreibungsverfahren durchführen zu müssen. Dies ist als ein sehr wichtiger Schritt nach vorne anzusehen. Die Europäische Kommission hat dies vorgeschlagen, weil im Bereich des Financial Engineering in der Vergangenheit enttäuschende Ergebnisse erzielt wurden. Und da sich deutlich abzeichnet, dass nach 2013 mit einer Reduzierung der für die Regionalpolitik bereitgestellten Haushaltsmittel zu rechnen ist, war es an der Zeit, den „Sunk costs investment“-Ansatz aufzugeben.

Ist eine Unterstützung von KMU-Vorhaben durch öffentliche Mittel im Rahmen der Kohäsionspolitik wirklich notwendig?

Mehr als je zuvor. Was den Zugang zu Finanzierungsmitteln anbelangt, gibt es große Unterschiede; ein hoher Bedarf bleibt gänzlich ungedeckt und dies sogar in den EU-Mitgliedstaaten, die als die fortgeschrittensten angesehen werden. Im Rahmen des EFRE sollten in größerem Umfang und auf effizientere Weise Risiken im Zusammenhang mit der Finanzierung von KMU und Innovationen abgedeckt werden.

Um welche Beträge geht es dabei?

Für die EU-Strukturfonds sind im Zeitraum 2007-2013 mehr als 300 Mrd EUR vorgesehen. Die Europäische Kommission empfiehlt, rund 5% für Financial Engineering und KMU bereitzustellen. Dies stellt gemessen an den 1% im Zeitraum 2001-2006, wovon übrigens nur ein kleiner Teil eingesetzt wurde, einen erheblichen Anstieg dar.

Welchem Zweck dient die vom EIF derzeit durchgeführte Bewertung?

Die Bewertung wird die Grundlage für künftige Maßnahmen bilden. Wir müssen Marktlücken identifizieren und Empfehlungen aussprechen. Diese Bewertung ist eine äußerst wichtige Maßnahme, da unsere Analyse die Festlegung der Finanzierungsprioritäten der EU-Mitgliedstaaten erleichtern wird, die in die der Europäischen Kommission vorgelegten Operationellen Programme aufgenommen werden. Sie ist ferner wichtig, ⇒

weil sie dazu dienen wird, den Einsatz öffentlicher Mittel unter Beachtung der EU-Vorschriften über staatliche Zuschüsse zu begründen. Eine solche europaweite Bedarfsanalyse wurde bisher noch nie durchgeführt. Es handelt sich dabei um eine äußerst schwierige und zugleich faszinierende Maßnahme, die uns eine Momentaufnahme der bereits bestehenden Finanzierungsmechanismen und die Identifizierung der strategischen Prioritäten der EU-Mitgliedstaaten für die kommenden sieben Jahre ermöglicht.

Um welche Prioritäten handelt es sich?

Kurz gesagt: In der „alten Union“ werden der Technologietransfer und Mikrokredite, in den neuen Mitgliedstaaten Risikokapital und die Finanzierung von Innovationen Vorrang haben.

Welche Aufgabe wird der EIF - abgesehen von der Bewertung - noch übernehmen? Kann wirklich davon ausgegangen werden, dass er für die EU-Mitgliedstaaten als „Holding Fund“-Manager fungieren wird?

Die EU-Mitgliedstaaten müssen zunächst einmal auf freiwilliger Basis das JEREMIE-System akzeptieren und das alte System, das auf einer direkten Verwaltung der Mittel und einem projektorientierten Ansatz basiert, aufgeben. Mit anderen Worten: Sie müssen zuerst damit einverstanden sein, die Verwaltung ihrer Finanzmittel einem „Holding Fund“-Manager zu übertragen. Sobald dies akzeptiert wurde, wird der EIF damit beginnen, seine Dienstleistungen anzubieten.

Worin bestehen diese Dienstleistungen?

Der EIF bietet das Know-how einer Institution, die in ganz Europa in den Bereichen Garantien, Verbriefungen und Risikokapital tätig ist, er unterhält enge und direkte Kontakte zur EIB und Europäischen Kommission und verfügt ferner über auf Financial Engineering abgestimmte Überwachungsinstrumente sowie über Erfahrungen mit Kontrollverfahren der Gemeinschaft. Diese Argumente werden die EU-Mitgliedstaaten und die betreffenden Regionen bei ihrer Wahl beeinflussen. Die Slowakei und Griechenland haben mit dem EIF bereits vorläufige Vereinbarungen für die Verwaltung der Mittel abgeschlossen. Eine klarere Übersicht über die JEREMIE-Operationen des EIF wird im Laufe des ersten Quartals 2007 erstellt werden, wenn die Mitgliedstaaten im Zuge der Fertigstellung ihrer Operationellen Programme definitiv über die Verteilung ihrer Strukturfondsmittel entscheiden. Die operative Tätigkeit soll ab September 2007 aufgenommen werden. Dies bedeutet, dass die ersten aus EFRE-Mitteln und nationalen Zuschüssen finanzierten JEREMIE Holding Fonds in die operative Phase eintreten werden.

Wird dieses Engagement, das zum Teil auf regionaler Ebene erfolgt, einen grundlegenden Wandel der Tätigkeit des EIF nach sich ziehen?

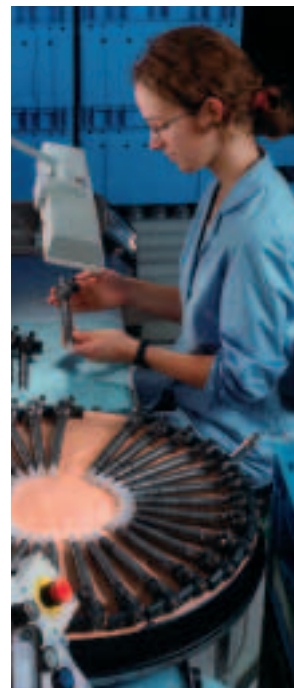
Dies ist in der Tat eine neue Etappe in der Geschichte des EIF, einer noch jungen, reaktiven, in der Entwicklung befindlichen Institution. JEREMIE wird andere Produkte des EIF - wie Garantien und Beteiligungen an Risikokapitalfonds - nicht ersetzen. Es wird jedoch zweifellos zahlreiche Komplementaritäten geben. JEREMIE wird in erster Linie die Entwicklung eines Marktes ermöglichen, dessen Teilnehmer schließlich für eine Inanspruchnahme der traditionelleren Produkte des EIF in Betracht kommen werden.

Welche Komplementaritäten ergeben sich mit der EIB?

Es wird zahlreiche Komplementaritäten im Bereich der Kofinanzierungen geben. Die im Rahmen von JEREMIE gewährleistete Risikoabdeckung wird für die Entwicklung strukturierter Instrumente, die die EIB zunehmend auf regionaler Ebene einsetzen möchte, äußerst nützlich sein.

Inwiefern stellt JEREMIE eine innovative Initiative für die EIB-Gruppe dar?

JEREMIE ist eine äußerst innovative Initiative, weil die EIB-Gruppe - wie bei den anderen Initiativen (JASPERS und JESSICA) - hier nicht nur als Anbieter von Finanzierungsprodukten, sondern auch als Dienstleister tätig sein kann. Wir haben keine zusätzlichen Ressourcen für Finanzierungen zur Verfügung, sondern bieten vielmehr die Aussicht auf eine Kofinanzierung mit dem EIF und der EIB, was sehr schwer zu quantifizieren ist. Wir müssen die Mitgliedstaaten dazu veranlassen, uns - als Gegenleistung für das von uns zur Verfügung gestellte Know-how und den von uns erbrachten zusätzlichen Nutzen - mit der Verwaltung ihrer Haushaltsmittel zu betrauen. Dies hat es in der Geschichte der EIB-Gruppe noch nie gegeben. Diese Initiative steht voll in Einklang mit der Rolle der EIB als einer an „politischen Vorgaben orientierten öffentlichen Bank“, die eng in die EU-Politiken eingebunden ist. Die Kohäsion ist das zweitwichtigste politische Ziel der Gemeinschaft. Die JEREMIE-Initiative ist auf die Regionalentwicklung, auf KMU sowie auf Innovationen ausgerichtet und steht somit im Mittelpunkt der neuen Strategie der EIB-Gruppe.



Carlos da Silva Costa und Matthias Kollatz-Ahnen, neue Mitglieder des Direktoriums der EIB



Carlos da Silva Costa und Matthias Kollatz-Ahnen gehören seit kurzem dem Direktorium der Europäischen Investitionsbank als Vizepräsidenten an. Carlos da Silva Costa wurde sowohl von der Portugiesischen Republik als auch vom Königreich Spanien als Nachfolger von Isabel Martín Castellá nominiert. Matthias Kollatz-Ahnen wurde von der Bundesrepublik Deutschland als Nachfolger von Wolfgang Roth benannt.

Die beiden neuen Vizepräsidenten sind Mitglieder eines neunköpfigen Teams. Der Präsident und acht Vizepräsidenten werden vom Rat der Gouverneure der EIB, d.h. den 25 Finanzministern der EU-Mitgliedstaaten, bestellt.

Carlos da Costa Silva war zuvor Mitglied des Vorstands der Caixa Geral de Depósitos und begann seine berufliche Laufbahn als Lektor für Volkswirtschaft an der Faculdade de Economia do Porto. Von 1982 bis Ende 1985 war er Leiter der Abteilung des Banco Português

do Atlântico, die für die Erforschung der für die portugiesische Volkswirtschaft geltenden gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zuständig war. Von Anfang 1986 bis Ende 1992 war er Leiter des Teams der Berater für Wirtschafts- und Finanzfragen in der Ständigen Vertretung der Portugiesischen Republik bei der Europäischen Kommission, wo er für wirtschaftliche und finanzielle Aspekte zuständig war. In dieser Eigenschaft gehörte er auch der portugiesischen Delegation zu Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion an und leitete das für sachliche Aspekte zuständige Team, das federführend bei der Aushandlung des ersten und des zweiten „Delors-Pakets“ war. Er fungierte auch als Leiter der portugiesischen Delegation bei den Gründungssitzungen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Von 1993 bis 1999 war er der Kabinettschef des für die AKP-Staaten zuständigen Kommissars. Darüber hinaus war er nicht in offizieller Funktion Mitglied des „Hohen Rates zur Reform des portugiesischen Finanzsystems“,

ein nicht geschäftsführendes Mitglied des Verwaltungsrats des staatlichen statistischen Instituts Portugals und Mitglied des Vorstandes der Euro Banking Association (EBA). Von 2000 bis 2004 war er geschäftsführender Direktor der Millennium bcp, der größten Privatbank Portugals, und für die Bereiche Verwahrung der Einlagen internationaler und institutioneller Anleger zuständig.

Ab 2004 hatte er wichtige Funktionen in verschiedenen Bankengruppen inne (Mitglied des Vorstands und geschäftsführender Direktor der Caixa Geral de Depósitos, der größten Bank und des bedeutendsten Mischkonzerns für Finanzdienstleistungen Portugals, Vorstandsvorsitzender der Caixa Geral de Aposentações, Präsident des Banco Nacional Ultramarino von Macau und Präsident des spanischen Banco Caixa Geral). Ab 2005 war er ferner Vizepräsident der europäischen „Manufuture“-Dachinitiative, einer nichtpolitischen europäischen Initiative, die Studien über die Zukunft der verarbeitenden Industrie in Europa durchführt und hier auch in beratender Funktion tätig ist. Von 1986 bis 2000 war er Professor für postgraduale europäische Studiengänge an der Katholischen Universität Porto. Derzeit ist er ordentlicher Gastprofessor an der Universidade de Aveiro an der Fakultät für Volkswirtschaft, Management und Ingenieurwissenschaften.

Carlos da Silva Costa verfügt über einen Abschluss in Volkswirtschaft der Fakultät für Volkswirtschaft der Universität Porto. Er absolvierte Aufbaustudien an der Sorbonne in Paris und am INSEAD.



Dr. Matthias Kollatz-Ahnen war früher Mitglied des Vorstandes der InvestitionsBank Hessen (IBH) und Mitglied der Geschäftsführung der Landestreuhandstelle Hessen (LTH). Seine berufliche Laufbahn begann er 1988 als Referent und in weiterer Folge als Geschäftsführer des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie mit Sitz in Bonn. 1991 wurde er Leiter des Ministerbüros im Hessischen Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. 1995 wurde er zum stellvertretenden Abteilungsleiter in der Abteilung Bauwesen, Städtebau und Wohnungswesen im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Ver-

kehr und Landesentwicklung bestellt. 1996 erfolgte sein Eintritt in die Helaba (Landesbank Hessen-Thüringen der Länder Hessen und Thüringen), als Abteilungsleiter in der Landestreuhandstelle Hessen (LTH) als zentralem Förderinstitut und Abteilungsleiter für die Abteilung Grundsatz- und Datenverarbeitungs-Fragen. Drei Jahre später wurde er zum Mitbereichsleiter der LTH ernannt, und im März 2000 erfolgte sein Eintritt in den Vorstand der IBH, wo er für das Kreditgeschäft und die Strukturierung der Umsetzung der Operationellen Programme der Fonds der Europäischen Gemeinschaft zuständig war. Im Juni 2000 wurde er zum Bankdirektor der

Helaba ernannt und übernahm Koordinationsaufgaben für die Helaba im Fördergeschäft in Thüringen. Darüber hinaus wurde er zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats der Thüringischen Aufbaubank (TAB) bestellt. 2004 wurde er ferner zum Mitglied des Aufsichtsrats der TAB-Tochter für Beteiligungen, bm-t, ernannt.

Dr. Kollatz-Ahnen verfügt über einen Abschluss als Diplom-Ingenieur in Physik der Technischen Hochschule Darmstadt. Darüber hinaus ist er Diplom-Volkswirt und Doktor-Ingenieur der Technischen Universität Berlin. □



EIB unterzeichnet Kooperations- abkommen mit Bulgarien

Kurz nachdem die Kommission grünes Licht für den EU-Beitritt Bulgariens zum 1. Januar 2007 gegeben hat, unterzeichnete die EIB eine Absichtserklärung mit dem künftigen Mitgliedstaat. Das Abkommen, das am 5. Oktober 2006 von Philippe Maystadt, dem Präsidenten der EIB, und Plamen Oresharski, dem bulgarischen Finanzminister, unterzeichnet wurde, bildet den Rahmen für die Infrastrukturfinanzierungen der EIB in Bulgarien. Vorgesehen ist, dass die Bank die entsprechenden staatlichen Programme im Zeitraum 2007-2013 mit einem jährlichen Betrag von 500-700 Mio EUR unterstützen wird.

*Von Daniela Sacchi-Cremmer
Hauptabteilung Kommunikation und Information*

Die Finanzierungstätigkeit der Bank in Bulgarien ist auf die folgenden Ziele ausgerichtet:

- Verbesserung und Modernisierung der Basisinfrastruktur des Landes in den Bereichen Verkehr und Umwelt, wobei die Darlehen der EIB mit EU-Zuschüssen und Mitteln aus anderen Quellen kombiniert werden;
- Förderung und Stärkung des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung durch Kofinanzierung mit EU-Zuschüssen und staatlichen bzw. privaten Mitteln;
- enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der von der Bank finanzierten Projekte; im Rahmen der JASPERS-Initiative Bereitstellung von technischer Hilfe und technischem Know-how für ausgewählte Projekte, die im Nationalen Aktionsplan definiert sind und aus Mitteln des Kohäsionsfonds und der Strukturfonds der EU finanziert werden;
- Unterstützung der Regierung bei der Umsetzung eines nationalen PPP-Programms.

Die Finanzierungsoperationen der EIB erstrecken sich inzwischen auf alle Schlüsselbereiche der bulgarischen Wirtschaft, d.h. sie betreffen die grundlegende Infrastruktur, das verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor ebenso wie die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie von Kommunen durch zwischengeschaltete regionale Finanzinstitute.

Zur Finanzierung von KMU in Bulgarien hat die EIB in den vergangenen Jahren Globaldarlehen im Gesamtbetrag von mehr als 180 Mio EUR an acht regionale Banken vergeben. Bei Globaldarlehen handelt es sich um Kreditlinien an zwischengeschaltete Finanzinstitute – die Partnerbanken der EIB –, die die EIB-Mittel gemäß ihren eigenen administrativen Verfahren, auf eigenes Risiko und unter Anwendung ihrer eigenen Darlehenskonditionen weiterleiten, wobei sie verpflichtet sind, die Vorteile, die mit den günstigen Finanzierungsbedingungen der EIB verbunden sind, an die Endkreditnehmer weiterzugeben.

Dieses Finanzierungsinstrument wird von der EIB für kleine und mittlere Vorhaben mit

gesamten Investitionskosten von weniger als 25 Mio EUR eingesetzt.

Die EIB hat ihre Unterstützung für bulgarische KMU kürzlich durch ein Globaldarlehen von 30 Mio EUR an die DSK Bank ausgedehnt. Diese Fazilität soll kleinen und mittleren Unternehmen einen besseren Zugang zu Finanzierungen verschaffen und die Realisierung von kommunalen Infrastrukturprojekten in Bulgarien erleichtern.

Im Rahmen dieser Finanzierungsoperation kann die DSK Bank bis zu 20 Mio EUR zu den günstigen Konditionen der EIB an KMU-Kunden vergeben. Der verbleibende Teil von 10 Mio EUR ist für die Unterstützung von Infrastrukturfinanzierungen insbesondere im kommunalen Sektor bestimmt. Dieser Betrag wird durch einen Zuschuss von 1,25 Mio EUR ergänzt werden, den die Europäische Kommission im Rahmen der von ihr eingerichteten Fazilität für kommunale Finan-

zierungen gewährt. Die DSK Bank beteiligt sich als dritter Bankenpartner in Bulgarien an dieser Fazilität, die die Entwicklung der bulgarischen Kommunen durch Zuschussmittel der EU unterstützt.

Am Rande des EIB-Forums, das am 19./20. Oktober 2006 in Athen stattfand, unterzeichneten Rumänien, vertreten durch seinen Finanzminister Sebastian Vladescu, und die Europäische Investitionsbank, vertreten durch ihren Präsidenten Philippe Maystadt, eine ähnliche Absichtserklärung, die für die nächsten Jahre den Rahmen für die Unterstützung des rumänischen Investitionsprogramms durch die EIB bilden wird. Die Finanzierungsbeiträge, die auf jeden Fall an konkrete Projektvorschläge gebunden sind, könnten aufgrund der Vereinbarung eine Richtgröße von 1 Mrd EUR pro Jahr erreichen, wobei Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf vorgesehen sind (siehe auch S. 6). □





Die EIB und das Wissensdreieck

Von Cees Post
Hauptabteilung Kommunikation und Information

Die Grundlagen der Wirtschaft der Europäischen Union sind raschen und radikalen Veränderungen unterworfen. Der Verarbeitungssektor schrumpft kontinuierlich, und es zeichnet sich ab, dass sich das Wachstum in Zukunft verstärkt auf wissensintensive Industrien und Dienstleistungen konzentrieren wird. In der Folge wird es eine immer größere Zahl von Berufen geben, die ein erhöhtes Kompetenzniveau erfordern. Diese Kompetenzen können vor allem über Bildung und die Wissensgewinnung durch Forschung erworben werden. Die europäischen Universitäten bilden die Spitze des Bildungssystems und sind die wichtigsten Akteure auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung. Aus diesem Grunde kommt ihnen bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie zur Schaffung einer wettbewerbsfähigen, wissensbasierten Wirtschaft in Europa eine Schlüsselrolle zu.

Um die Ziele von Lissabon zu erreichen, muss Europa die drei Seiten des Wissensdreiecks stärken: Bildung, Forschung und Innovation. Universitäten spielen dabei eine wesentliche Rolle. Investitionen in die Modernisierung und die Qualität der Universitäten stellen eine direkte Investition in die Zukunft Europas und seiner Bewohner dar. Die EU-Länder geben zurzeit – gemessen am prozentualen Anteil des BIP, der in die Bereiche Forschung und Hochschulwesen fließt – deutlich weniger aus als andere Länder (z.B. die Vereinigten Staaten). Infolgedessen haben jüngste Untersuchungen, die

schwerpunktmäßig zum Thema Hochschulforschung durchgeführt wurden, ergeben, dass – mit Ausnahme einiger weniger Einrichtungen im Vereinigten Königreich – nur eine relativ geringe Zahl europäischer Universitäten zu den internationalen Spitzeneinrichtungen zählt. Das Vordringen der (öffentlichen und privaten) Universitäten in Asien stellt Europa nun vor eine weitere Herausforderung. Eine wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft braucht wettbewerbsfähige Universitäten, und so ist die Überwindung der Finanzierungslücke für die Umsetzung der Strategie von Lissabon von entscheidender Bedeutung. Und ge-

nau hier kommt die Europäische Investitionsbank ins Spiel.

Seit der Einrichtung der Innovation-2010-Initiative zur Unterstützung der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 hat die EIB in diesem Rahmen Darlehen von mehr als 40,5 Mrd EUR für Investitionen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation, allgemeine und berufliche Bildung sowie Informations- und Kommunikationsnetze vergeben. Von diesen Mitteln wurden im gleichen Zeitraum im Bereich allgemeine und berufliche Bildung fast 11 Mrd EUR bereitgestellt, wovon ein erheblicher Teil

für Investitionen in das Hochschulwesen bestimmt war.

Drei Mitgliedstaaten – drei Ansätze

Investitionsentscheidungen in diesem Sektor werden nicht in Brüssel oder Luxemburg, sondern auf nationaler Ebene von den Universitäten selbst oder von den für Wissenschaft und Bildung zuständigen öffentlichen Behörden auf nationaler und regionaler Ebene getroffen. Darüber hinaus ist der Mix aus öffentlicher und privater Finanzierung sowie die Nachfrage nach EIB-Finanzierungen in den Mitgliedstaaten äußerst unterschiedlich, was auf die große Vielfalt der Kulturen, der Volkswirtschaften und Hochschultraditionen zurückzuführen ist.

In Deutschland beispielsweise hat sich die Finanzierungstätigkeit der EIB zugunsten von Hochschulen im Jahr 2006 beschleunigt. Die Universitäten Mainz, Kaiserslautern, Tübingen und Freiburg, die zu den führenden deutschen Forschungshochschulen zählen, erhielten insgesamt rund 900 Mio EUR vorwiegend für Investitionen in die Grundlagenforschung und in moderne Forschungseinrichtungen. In allen vier Universitäten werden die Mittel der EIB für die Finanzierung materieller und immaterieller Investitionen verwendet. Im Falle der Universität Freiburg, die von der EIB ein Darlehen von 260 Mio EUR erhalten hat, betreffen die immateriellen Investitionen die Finanzierung der Kosten für die in der Spitzenforschung tätigen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Die materiellen Investitionen betreffen die Modernisierung von Forschungseinrichtungen (z.B. das Institut für Biochemie und Molekularbiologie und das Zentrum für Biosystemanalyse) sowie die Modernisierung der Universitätsbibliothek.

In Italien ist der Finanzierungsbeitrag der EIB für Investitionen im Hochschulbereich in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Allein im Zeitraum 2005-2006 wurden Darlehen in Höhe von rund 300 Mio EUR unterzeichnet. Die Universität Venedig beispielsweise investiert in neue und modernisierte Lehr- und Forschungseinrichtungen mit einem EIB-Darlehen von 50 Mio EUR, das 2006 unterzeichnet wurde. Die Universität Venedig genießt in bestimmten Zweigen der Geisteswissenschaften eine hohe Reputation, und zwar sowohl was die Lehrtätigkeit als auch was die Qualität der Forschungsarbeiten betrifft. Die Fachbereiche Wirtschaftswissenschaften, Fremdsprachen, Literatur und Philosophie zählen zu den besten in ganz Italien. Nebenbei wird das Vorhaben ferner

einen Beitrag zur Erhaltung des Weltkulturerbes der Stadt Venedig leisten, da in diesem Rahmen auch eine Reihe historischer Gebäude und Gebiete renoviert und saniert werden wird. In den Jahren davor hatten sich die Universitäten Bologna und Trient (letztere über eine innovative Anleiheemission, von der die EIB 20 Mio EUR gezeichnet hat) sowie die Politechnika Mailand und Turin für einen Finanzierungsbeitrag an die EIB gewandt, der in die Hochschulen investiert wurde und somit einen Beitrag zur Umsetzung der Lissabon-Agenda geleistet hat.

In Polen hat die EIB über das polnische Finanzministerium einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von 500 Mio EUR bereitgestellt, aus dem ein Teil der im Haushalt 2006 vorgesehenen Investitionen finanziert werden sollen: Investitionen in Wissenschaft, Technologieausstattung und -infrastruktur, laufende Personalkosten für die in der Polnischen Akademie der Wissenschaften und staatlichen Forschungsinstituten beschäftigten Wissenschaftler, Investitionen in akkreditierte öffentliche Hochschulen, technische Hochschulen und ähnliche Einrichtungen sowie Forschungszuschüsse für Wissenschaftler. Im Gegensatz zu dem in der EU-25 üblichen Muster ist die polnische Regierung im Bereich Forschung und Entwicklung weiterhin der wichtigste Investor in Polen, während der Anteil der Wirtschaft an den Gesamtausgaben für FuE in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Ausländische Unternehmen haben zwar Fertigungsanlagen in Polen errichtet, doch belassen diese ihre FuE-Einrichtungen in der Regel bei der Muttergesellschaft im Hei-

matland. Die Darlehen der EIB sollen dem Land helfen, den negativen Trend bei den jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung durch die Stabilisierung und schrittweise Erhöhung der öffentlichen FuE-Investitionen umzukehren. Ziel ist, durch eine Verbesserung der allgemeinen Wissenschaftsinfrastruktur den privaten Sektor zu einer Erhöhung seines Finanzierungsbeitrags zu bewegen.

Das Hochschulwesen – ein Sektor mit Konversionsbedarf

Die Europäische Investitionsbank hat diese Investitionen mitfinanziert, da Spitzenuniversitäten und die von ihnen durchgeführte Forschungs- und Lehrtätigkeit einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung der Lissabon-Strategie leisten. Doch sind die akademischen Einrichtungen in einem gewissen Sinne selbst Teil der Lissabon-Agenda. Betrachtet man sie als wichtige Grundlage der Wirtschaft und der Gesellschaft, die mit internationalen Einrichtungen außerhalb der EU im Wettbewerb um die besten Mitarbeiter, die besten Studenten und die besten Forschungsaufträge stehen, so wird deutlich, dass dieser Sektor dringend Mittel für eine Umorientierung und Modernisierung benötigt. Die EU hat den Konversionsprozess in anderen Sektoren wie der Stahlindustrie und der Landwirtschaft unterstützt. Nun steht die Gemeinschaft vor der dringenden Notwendigkeit, ihre „Wissensindustrie“ (darunter auch die Universitäten) zu modernisieren. Die Europäische Investitionsbank trägt mit der Innovation-2010-Initiative ihren Teil dazu bei. □

Professor Roberto Carneiro (links), ehemaliger portugiesischer Bildungsminister und zur Zeit Professor an der Katholischen Universität von Portugal, und Sauli Niinistö, Vizepräsident der EIB, bei der Eröffnung des Workshops „European Universities in Search of Excellence“. Der Workshop, der gemeinsam von der EIB und dem European Journal of Education veranstaltet wurde, fand am 17.11.2006 im Hauptsitz der Bank in Luxemburg statt.



Die EIB und Kapitalbeteiligungen in Nordafrika und im Nahen Osten: Chancen und Herausforderungen



Im Rahmen von spezifischen Mandaten übernimmt die EIB seit 20 Jahren im Auftrag der Europäischen Union Kapitalbeteiligungen in den Mittelmeer-Partnerländern (MPL) (1). Heute arbeitet sie in dieser Region mit 84 Partnern zusammen, u.a. mit Fondsmanagern und in den MPL ansässigen Finanzinstituten sowie im Rahmen von direkten Beteiligungen.

Neben ihren Darlehen und Zuschüssen für technische Hilfe fördert die FEMIP⁽²⁾ die Entwicklung des privaten Sektors durch die Übernahme von Eigenkapital- und Quasi-Eigenkapitalbeteiligungen an privaten Unternehmen, um die Mittelmeer-Partnerländer bei der Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung zu unterstützen. Diese Tätigkeiten der FEMIP werden aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaft (200 Mio EUR im Zeitraum 2001-2006) und in geringerem Maße aus dem FEMIP-Treuhandfonds finanziert, der im Dezember 2004 eingerichtet (und mit 33,5 Mio EUR ausgestattet) wurde.

Kapitalbeteiligungen in den Mittelmeer-Partnerländern

Das Beteiligungsportfolio in den Mittelmeer-Partnerländern beläuft sich gegenwärtig auf insgesamt 380 Mio EUR in Form von unterzeichneten Engagements. Dabei handelt es sich um 22 Direktbeteiligungen, 23 Beteiligungsfonds und 669 gemeinsame Beteiligungen mit örtlichen Finanzinstitutionen. Angesichts des relativ geringen Umfangs des Marktes für Beteiligungskapital in der Mittelmeerregion ist dies ein durchaus beachtliches Volumen. Gemeinsame Beteiligungen erfolgen in der Regel in der Form, dass kleinere Kapitalbeteiligungen, deren Umfang für die meisten Fonds oder Direktinvestitionen zu gering ist, von der EIB zusammen mit einem örtlichen Finanzinstitut übernommen werden. Außerdem arbeitet die EIB sowohl auf politisch-strategischer Ebene als auch bei konkreten Beteiligungsoperationen mit anderen Finanzinstitutionen wie internationalen Finanzierungsinstitutionen und Entwicklungsbanken zusammen. Die Direktbeteiligungen, die aus Mitteln der EIB erfolgten, kamen der Weiterentwicklung erfolgreicher neuer Unternehmen und

(1) Dies sind die nicht zur EU gehörenden Mittelmeerländer Marokko, Tunesien, Algerien, Ägypten, Gazastreifen und Westjordanland, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien, Türkei sowie – vor ihrem EU-Beitritt – Malta und Zypern. Nähere Einzelheiten über die Tätigkeit der EIB in den Mittelmeer-Partnerländern finden Sie auf der EIB-Website: <http://www.eib.org/publications/publication.asp?publ=257>.

(2) Die Finanzierungstätigkeit der Europäischen Investitionsbank in den MPL erfolgt seit Oktober 2002 im Rahmen der **Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP)**. Ziel der FEMIP ist es, die MPL bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen, die die wirtschaftliche und soziale Erneuerung sowie eine stärkere regionale Integration, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung einer **Zollunion mit der EU** bis zum Jahr 2010, für diese Länder darstellen.

Finanzinstitutionen, der profitablen Umsetzung der Geschäftsideen dynamischer Unternehmer und der erfolgreichen Umstrukturierung von Unternehmen zugute, die aufgrund finanzieller Probleme oder mangelnder Managementkapazitäten in Schwierigkeiten waren. Fondsmanager, die vor Jahren Unterstützung durch die EIB erhalten hatten, konnten vor kurzem die zweite Generation ihrer Fonds auflegen, und Unternehmen wie auch Mikrofinanzinstitute, an denen die EIB sich beteiligt hatte, hatten inzwischen Zugang zu Krediten von Geschäftsbanken.

In vielen Fällen wurden durch das Engagement der EIB als Anteilseigner oder Finanzier auch positive Signale an andere Geschäftspartner der Beteiligungsunternehmen oder an Gebietskörperschaften gegeben, die die Unternehmensgründer weiter unterstützten.

Trotz einiger Erfolgsgeschichten ist der Private-Equity-Sektor in den Mittelmeer-Partnerländern nach wie vor schwach ausgeprägt, insbesondere im Vergleich zu den EU-Mitgliedstaaten, wo er den 5- bis 10fachen Umfang aufweist. Vieles deutet in letzter Zeit darauf hin, dass außerhalb der Region ansässige institutionelle Investoren nur ein geringes Interesse an diesen Märkten (Naher Osten und Afrika) haben und mit ihnen ein hohes Risiko assoziieren.

Dies steht jedoch im Kontrast zu den Wachstumschancen und der unbefriedigten Nachfrage in diesen Ländern, die von den bereits auf dem Markt tätigen Akteuren – d.h. den inländischen Kapitalbeteiligungsgesellschaften, internationalen Finanzinstitutionen/Entwicklungsbanken und einigen wenigen weiteren internationalen Investoren in der Region – allein nicht gedeckt werden kann.

Allerdings müssen im Private-Equity-Sektor neben den relevanten gesamtwirtschaftlichen, rechtlichen und regulatorischen Voraussetzungen verschiedene Probleme in Angriff genommen werden, um noch vorhandene Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Unzureichender Informationsstand über die nationalen Märkte

Außenstehende sind über diese Märkte generell nicht gut informiert, was sicherlich einer der Gründe für die derzeit geringe Investitionsbereitschaft in der Region ist.

Für eine fundierte Risikobewertung sind genaue Informationen über die Märkte von ausschlaggebender Bedeutung. Die Akteure

des Private-Equity-Sektors wissen, dass zur Messung der Performance Marktzahlen benötigt werden. Leider stehen solche Zahlen für die Märkte der Mittelmeer-Partnerländer kaum zur Verfügung. Daher sollte der Private-Equity-Sektor gemeinsame Anstrengungen zur Schließung dieser Informationslücke unternehmen. Außerhalb des Private-Equity-Sektors ist es verwunderlich, dass einige Länder in der Region noch immer kein Länderrating von den internationalen Rating-Agenturen haben, und zwar selbst Länder, die fast ein „Investment Grade“-Rating erhalten würden. Daher sind parallel dazu auf der Ebene der einzelnen Länder Bemühungen um eine größere Transparenz erforderlich.

Bei der EIB arbeiten die für die FEMIP zuständigen operativen Mitarbeiter an der Verbesserung der internen Risikobewertungsverfahren und der Qualität der in den Datenbanken enthaltenen Informationen, um zu einer auf Daten basierenden objektiveren Bewertung der mit Kapitalbeteiligungen verbundenen Risiken zu gelangen. Diese anhaltenden Anstrengungen werden – vor allem wenn sie durch entsprechende Bemühungen der Private-Equity-Branche ergänzt werden – den Investoren ihren Entscheidungsprozess erleichtern und damit zu einer angemessenen Bereitstellung von Mitteln für Beteiligungsaktivitäten in der Region beitragen.

Bewertung, Berichterstattungsstandards und Governance

Neben gesamtwirtschaftlichen Informationen ist eine ordnungsgemäße Bewertung und Offenlegung der Ergebnisse eines Beteiligungsunternehmens von maßgeblicher Bedeutung. Für Vergleiche zwischen Ländern und über längere Zeiträume hinweg – eine absolute Notwendigkeit für internationale Investoren – bedarf es eines objektiven Bewertungsansatzes. Allerdings stehen die jeweiligen nationalen Vorschriften für Kapitalbeteiligungsfonds und -gesellschaften bedauerlicherweise nicht immer mit internationalen Best-Practice-Verfahren in Einklang.

Die EIB fordert diese Fonds inzwischen konsequent zur Einhaltung international anerkannter Bewertungs- und Berichterstattungsleitlinien auf. Die zwischengeschalteten Institute werden dazu ebenfalls angehalten. Zwar ist dies bisweilen mit einem doppelten Aufwand verbunden – da sich die Unternehmen gleichzeitig weiterhin an die in ihren jeweiligen Ländern geltenden Gesetze und Vorschriften halten müssen –,

jedoch lohnt sich dieser Aufwand im Interesse der anderen Geldgeber und der gesamten Branche. Gegebenenfalls stellt die EIB hierfür technische Hilfe bereit, die aus Mitteln des FEMIP-Fonds für technische Hilfe finanziert wird. Dabei werden den Fondsmanagern nach Bedarf internationale Experten zur Seite gestellt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist Governance. Um auf angemessene Unterstützung durch Investoren und staatliche Instanzen rechnen zu können, muss die Branche geeignete Geschäftspraktiken einführen und einhalten, mit denen sie ihr Verantwortungsbewusstsein im Management sowie in Bezug auf soziale und ökologische Anliegen unter Beweis stellt, die Kapitalbeteiligungsgesellschaften in ihrem weiteren Geschäftsumfeld – auch gegenüber Investoren und Ko-Investoren – zu berücksichtigen haben.

Das FEMIP-Team ist stets um die Förderung angemessener Geschäftspraktiken und einer hohen Transparenz bemüht. Dies geschieht vor allem durch die Aufnahme entsprechender Ad-hoc-Klauseln in die Vertragsunterlagen für die Vorhaben, an denen sich die Bank beteiligt. Durch verantwortungsvolle Geschäftspraktiken kann aus Kapitalbeteiligungen ein größerer Nutzen für die Allgemeinheit erzielt werden. Außerdem sind öffentliche und private Entscheidungsträger dann eher positiv eingestellt und zeigen größere Bereitschaft zur Mitwirkung, und es besteht ein wertvoller Schutz vor Risiken.

Qualität der Kontrahenten

Die Performance einzelner Investitionen wird durch die Qualität des Kontrahenten bedingt. Dies trifft oft auch auf die Performance von Fonds zu, die nacheinander von demselben Fondsmanagement aufgelegt

werden. Die EIB unterstützt sowohl bereits gut etablierte als auch viel versprechende neue Kontrahenten – insbesondere unabhängige neue Private-Equity-Teams – mit Kapital und gegebenenfalls mit technischer Hilfe. Besonderer Wert wird dabei auf Anreizstrukturen gelegt, die auf die notwendige Annäherung der Interessen der Kapitalgeber und Fondsverwalter ausgerichtet sind, womit die Gefahr eines bewusst riskanten Verhaltens der Unternehmen (moral hazard) und einer negativen Auswahl vermieden werden soll.

Auf politischer Ebene fördert die EIB regelmäßige Diskussionsforen mit Ministern und Experten der Mittelmeer-Partnerländer, um mögliche gesamtwirtschaftliche Hindernisse für den privaten Sektor und die Private-Equity-Branche zu ermitteln und möglichst zu beseitigen.

Auf finanzieller Ebene liegt der Schwerpunkt der Betätigungsaktivitäten der Bank auf der Ermittlung und möglichst Deckung unbefriedigter Nachfrage und auf der Erschließung nationaler Märkte, in denen der Private-Equity-Sektor noch relativ unterentwickelt ist. Auf mittlere Sicht kann dies sich jedoch nur dann als nachhaltig erweisen, wenn sowohl für die Kapitalgeber als auch für die Beteiligten angemessene Renditen erzielt werden.

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Über die FEMIP hat die Europäische Investitionsbank im Aufbaustadium des noch in den Kinderschuhen befindlichen Private-Equity-Sektors in den Mittelmeer-Partnerländern eine wesentliche Rolle gespielt. Eine erste Überprüfung der Beteiligungen der FEMIP

an Investmentfonds hat vor kurzem zu ermutigenden Erkenntnissen geführt. Generell stellte sich heraus, dass Unternehmen, an denen Kapitalbeteiligungen übernommen wurden, gemessen an der allgemeinen Entwicklung der jeweiligen Volkswirtschaft ein überdurchschnittliches Wachstum erzielen, mehr Arbeitsplätze schaffen und bessere Arbeitsbedingungen bieten, innovativer sind und transparentere Führungsstandards aufweisen.

Zwar gab es in letzter Zeit positive Anzeichen für ein Wachstum des Private-Equity-Sektors in den Mittelmeerpartnerländern, doch bis diese Finanzierungsform ihre Rolle in der gesamten Finanzierungskette so ausfüllen kann, wie dies in Europa oder in den Vereinigten Staaten der Fall ist, ist es noch ein weiter Weg. So müssen beispielsweise die Governance- und Transparenzstandards verbessert werden, und die Gesetzgebung dieser Länder muss an den Bedarf der Finanzwirtschaft angepasst werden. Es müssen mehr unabhängige Fondsmanagementteams mit den richtigen Fähigkeiten und Erfahrungen auf diesen Märkten tätig werden, und die örtlichen Unternehmer müssen sich der geschäftlichen Vorteile von Kapitalbeteiligungen besser bewusst werden.

Eine solche Entwicklung erfordert viel Zeit und große Anstrengungen und darüber hinaus die ständige Unterstützung mit ‚geduldigem Geld‘, das von der EIB und einigen weiteren internationalen Finanzierungsinstitutionen bereitgestellt wird, die sich in den Mittelmeerpartnerländern engagieren. Vor diesem Hintergrund wird die FEMIP auch weiterhin versuchen, eine Katalysatorwirkung in dem Sinne zu erzielen, dass dieses Finanzierungsinstrument stärker zum Einsatz kommt und mehr Beachtung findet. □

Von Daniela Sacchi-Cremmer, Hauptabteilung Kommunikation und Information, und Jean-Christophe Laloux, Leiter der Abteilung Spezialoperationen

Die Risikokapitalinvestments der FEMIP belaufen sich 2006 bisher auf 50 Mio EUR

Die FEMIP beteiligte sich in diesem Jahr mit jeweils 10 Mio EUR an den folgenden vier regionalen Multisektorfonds: an dem in Beirut ansässigen Euromena-Fonds, an dem Maghreb Private Equity Fund II, der aus der Region heraus tätig ist, am Euro-med-Fonds, der von Italien aus operiert, und am SGAM Al Kantara-Fonds, dem ersten von der Société Générale-Gruppe unterstützten derartigen Fonds.

Die FEMIP investierte auch 8,5 Mio EUR in den Horus Food & Agribusiness Fund, der auf den ägyptischen Agrarsektor spezialisiert ist.

Außerdem beteiligte sich die FEMIP in Tunesien mit 1 Mio EUR an fünf KMU und mit ebenfalls 1 Mio EUR an der Enda, einem unabhängigen Mikrofinanzinstitut (zur Ergänzung von technischer Hilfe, die ebenfalls von der FEMIP geleistet wird).



Ernennungen im Senior Management



Alfonso Querejeta wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2007 zum Generalsekretär, Direktor mit Generalvollmacht der Hauptabteilung Personal und Chefsyndikus ernannt. Er tritt die Nachfolge von Eberhard Uhlmann an, der Ende 2006 in den Ruhestand tritt.

Alfonso Querejeta ist spanischer Staatsbürger und begann seine berufliche Laufbahn als Universitätsprofessor für Handelsrecht. Im Anschluss daran wurde er Leiter der Rechtsabteilung der Compañía Vascongada de Seguros y Reaseguros S.A. (Groupe Baloise).

1986 erfolgte sein Eintritt in die Direktion für Rechtsfragen der EIB. Bis zum Jahr 2000 hatte er verschiedene Funktionen in dieser Direktion inne. Von 2000 bis 2003 war er Direktor der Hauptabteilung für Finanzierungen in Spanien und Portugal. 2003 wurde er zum Direktor der für die juristischen Aspekte der Operationen in und außerhalb der EU zuständigen Hauptabteilung ernannt – eine Funktion, die er bis zum Jahr 2005 ausfüllte.

2005 wurde er zum Direktor der Hauptabteilung Personal bestellt.

Alfonso Querejeta hat einen Abschluss in Rechtswissenschaften der Universität San Sebastián und promovierte in Rechtswissenschaften an der Universität Bologna (Italien).



Rémy Jacob wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2007 zum Direktor mit Generalvollmacht der neuen Direktion Strategie und Zentrale Dienste bestellt. Er wird für die allgemeine Strategie der EIB-Gruppe, die Planung (Vorbereitung des Operativen Gesamtplans der Bank), die Budgeterstellung, die Finanzkontrolle und -berichterstattung, wirtschaftliche und finanzielle Studien, die Kommunikation nach außen und die „Corporate Social Responsibility“ sowie für die Gebäude und Anlagen und die Logistik zuständig sein.

Rémy Jacob ist französischer Staatsbürger und verfügt über einen Abschluss in Volks- und Betriebswirtschaft der École Supérieure de Commerce in Dijon (Frankreich). Er begann seine berufliche Laufbahn in einer Privatbank, bevor er im Jahr 1973 in die Direktion für Finanzen der EIB eintrat. Er hatte verschiedene leitende Funktionen inne und war ab 1983 Leiter der Abteilung für Budgetfragen. Im Anschluss daran wurde er zunächst zum Leiter der Abteilung Personalverwaltung und 1993 zum Direktor der Hauptabteilung Informationstechnik bestellt. 1997 wurde er Direktor der Hauptabteilung Allgemeine Angelegenheiten; 2002 erfolgte seine Ernennung zum stellvertretenden Generalsekretär.

Zu Beginn der neunziger Jahre war er am Aufbau des administrativen Rahmens der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mit Sitz in London beteiligt. Im Jahr 2000 hatte er eine maßgebliche Rolle bei der Reform des Europäischen Investitionsfonds, des auf Risikokapitalfinanzierungen und Garantieoperationen zugunsten von KMU spezialisierten Bereichs der EIB-Gruppe, inne. Derzeit ist er stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats des EIF.

Im Jahr 2003 wurde Rémy Jacob mit den Vorbereitungsarbeiten zur Errichtung des neuen Gebäudes am Hauptsitz der EIB betraut. Er war Mitglied des Auswahlkomitees und ist nach wie vor Leiter der Task Force „Neues Gebäude“.

2005 koordinierte er den Ansatz für die neue Strategie der EIB-Gruppe.





Grammatiki Tsingou-Papadopetrou wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2007 zur Direktorin mit Generalvollmacht der Direktion Projekte bestellt. Sie tritt die Nachfolge von Michel Deleau an, der Ende 2006 in den Ruhestand tritt.

Frau Tsingou ist griechische Staatsbürgerin und begann ihre berufliche Laufbahn 1968 als Beraterin für ein privates Beratungsunternehmen. 1969 trat sie in das griechische Ministerium für öffentliche Arbeiten ein, wo sie in den Bereichen Projektentwicklung und -durchführung, politische Maßnahmen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und Investitionsvorschläge für den Nationalen Entwicklungsplan Griechenlands tätig war. 1978 wurde sie zur Abteilungsleiterin ernannt und 1982 zur Direktorin befördert.

Ende 1982 wechselte sie zur Ständigen Vertretung Griechenlands bei der Europäischen Union in Brüssel, wo sie für die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten und den Mittelmeer-Partnerländern zuständig war, was auch die Verhandlungen über das Dritte Abkommen von Lome umfasste. Darüber hinaus war sie während des ersten EU-Ratsvorsitzes Griechenlands Vorsitzende mehrerer Arbeitsgruppen.

Frau Tsingou trat 1985 in die EIB ein, wo sie zunächst als Darlehensreferentin mit Zuständigkeit für die schwarzafrikanischen Länder tätig war. 1989 wechselte sie in die Koordinationsgruppe der Direktion Finanzierungen außerhalb Europas und vertrat die Bank bei den Verhandlungen über das Vierte Abkommen von Lome. In weiterer Folge arbeitete sie mit der Kommission und dem Rat bei der „Erneueren“ Mittelmeerpolitik und bei der Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern zusammen. Im Jahr 1993 kehrte sie in die Direktion Finanzierungen zurück und war maßgeblich am Aufbau der Tätigkeit der Bank in den baltischen Staaten beteiligt. 1996 wurde sie zur Leiterin der für Finanzierungen in Polen und den baltischen Staaten zuständigen Abteilung ernannt und war darüber hinaus für horizontale Fragen im Zusammenhang mit der Erweiterung zuständig. 2001 wurde sie in eine gehobene Führungsposition („Senior Cadre“) befördert. Sie spielte eine wichtige Rolle beim Aufbau der Zusammenarbeit mit Russland und der Vergabe der ersten Darlehen in St. Petersburg und trug auch wesentlich zur Vorbereitung der Tätigkeit der Bank in der Ukraine bei.

In den Jahren 2000-2003 bekleidete Frau Tsingou zusätzlich zu ihren Hauptaufgaben die Funktion der stellvertretenden Direktorin für die EIB im Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE).

Seit Januar 2004 ist sie Direktorin und Leiterin der Hauptabteilung Südosteuropa, in der derzeit die Finanzierungsoperationen der Bank in Griechenland, Zypern, der Türkei, Bulgarien und Rumänien zusammengefasst sind.

Frau Tsingou verfügt über einen Abschluss in Bauingenieurwesen der Aristoteles-Universität Thessaloniki und graduierte an der Bristol University in quantitativer Volkswirtschaftslehre.

FEMIP-Konferenz 2007

„Geldüberweisungen von Migranten aus dem Mittelmeerraum in ihre Heimatländer: eine Chance für die Entwicklung?“



Paris, 22.-23. März 2007

Nach der ersten FEMIP-Konferenz, die im November 2006 in Monaco abgehalten wurde und das Thema der regionalen Integration durch die Verkehrssysteme behandelte, haben sich die EIB und die European Banking Federation (EFB) zusammengeschlossen, um in Paris am 22. und 23. März 2007 die zweite FEMIP-Konferenz mit dem Themenschwerpunkt Geldüberweisungen der in die EU aus Mittelmeer-Drittländern eingewanderten Arbeitnehmer in ihre Heimatländer zu organisieren

Die Besonderheit der Konferenz liegt darin, den Bankensektor Europas und des Mittelmeerraums in die Überlegungen zu diesem noch wenig untersuchten Thema der Geldflüsse in den Mittelmeerraum seitens der nach Europa eingewanderten Arbeitnehmer einzubinden. Grundlage für die Konferenz bildet die vom FEMIP-Treuhandfonds im März 2006 durchgeführte Studie ⁽¹⁾, die einerseits das Ausmaß der Gesamtüberweisungen (etwa 8 Mrd EUR werden „offiziell“ jedes Jahr überwiesen bzw. 15 Mrd. EUR, wenn man auch auf „informellen“ Wegen angewiesene Gelder berücksichtigt) und andererseits die hohen Kosten der verwendeten Überweisungsverfahren, die zu Lasten der betroffenen Menschen gehen, aufzeigt.

Es werden mehr als 250 Teilnehmer und etwa 20 Persönlichkeiten des Banken- und Finanzsektors, Vertreter der Aufsichtsbehörden und Experten auf der FEMIP-Konferenz 2007 zusammentreffen, die ein Forum für den Erfahrungsaustausch und die Bewusstseinsbildung zu folgenden Themen bieten soll:

- Bessere Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Migration
- Vereinfachung der Migranten-Überweisungen
- Ausbau der Rolle des Bankensektors
- Aufsichtsrechtliche Aspekte und Zahlungssysteme

- Chance für die Entwicklung: Mikrofinanzierungen, Hypothekenfinanzierungen und Verbriefungen.

Das ausführliche Programm, die Beiträge von Experten und praktische Einzelheiten werden Anfang Februar 2007 auf die Website der Konferenz gestellt werden (<http://www.eib.org/femip/conference>). Wie bereits bei der FEMIP-Konferenz 2006 kann die Website von den Personen, die ihr Interesse bekunden oder sich anmelden wollen, genutzt werden.

⁽¹⁾ Auf der EIB-Website veröffentlicht unter: <http://www.eib.org/publications/publication.asp?publ=244>

Europäische Investitionsbank

100, boulevard Konrad Adenauer – L-2950 Luxembourg
☎ (+352) 43 79 11 – ☎ (+352) 43 77 04
www.eib.org – info@eib.org

Außenbüros

Belgien

Rue de la loi 227 / Wetstraat 227 – B-1040 Bruxelles / Brussel
☎ (+32-2) 235 00 70 – ☎ (+32-2) 230 58 27

Deutschland

Lennéstraße 11 – D-10785 Berlin
☎ (+49-30) 59 00 47 90 – ☎ (+49-30) 59 00 47 99

Frankreich

21, rue des Pyramides – F-75001 Paris
☎ (+33-1) 55 04 74 55 – ☎ (+33-1) 42 61 63 02

Griechenland

1, Herodou Attikou & Vas. Sofias Avenue – GR-106 74 Athens
☎ (+30) 210 68 24 517 – ☎ (+30) 210 68 24 520

Italien

Via Sardegna 38 – I-00187 Roma
☎ (+39) 06 47 19 11 – ☎ (+39) 06 42 87 34 38

Österreich

Parkring 10 – A-1010 Wien
☎ (+43-1) 516 33 31 95 – ☎ (+43-1) 516 33 30 49

Polen

Plac Pilsudskiego 1 – PL-00-078 Warszawa
☎ (+48-22) 310 05 00 – ☎ (+48-22) 310 05 01

Portugal

Avenida da Liberdade, 190-4º, A – P-1250-147 Lisboa
☎ (+351) 213 42 89 89 – ☎ (+351) 213 47 04 87

Spanien

Calle José Ortega y Gasset, 29, 5º – E-28006 Madrid
☎ (+34) 914 31 13 40 – ☎ (+34) 914 31 13 83

Vereinigtes Königreich

2 Royal Exchange Buildings – London EC3V 3LF
☎ (+44) 20 73 75 96 60 – ☎ (+44) 20 73 75 96 99

Ägypten

6, Boulous Hanna Street – Dokki, 12311 Giza
☎ (+20-2) 336 65 83 – ☎ (+20-2) 336 65 84

Kenia

Africa Re Centre, 5th floor - Hospital Road,
PO Box 40193, KE-00100 Nairobi
☎ (+254-20) 273 52 60 – ☎ (+254-20) 271 32 78

Marokko

Riad Business Centre, Immeuble S3,
Aile sud, 4º étage - Boulevard Er-Riad, Rabat
☎ (+212) 37 56 54 60 – ☎ (212) 37 56 53 93

Senegal

3, rue du Docteur Roux - BP 6935, Dakar-Plateau
☎ (+221) 889 43 00 – ☎ (+221) 842 97 12

Südafrika

5, Greenpark Estates - 27 George Storrar Drive –
Groenkloof – 0181 Tshwane (Pretoria)
☎ (+27-12) 425 04 60 – ☎ (+27-12) 425 04 70

Tunesien

70, avenue Mohamed V – TN-1002 Tunis
☎ (+216) 71 28 02 22 – ☎ (+216) 71 28 09 98

Europäischer Investitionsfonds

43, avenue J.F. Kennedy – L-2968 Luxembourg
☎ (+352) 42 66 88 11 – ☎ (+352) 42 66 88 200
www.eif.org – info@eif.org

Ein aktualisiertes Adressenverzeichnis der bestehenden Außenbüros ist der Website der EIB zu entnehmen.

QH-AA-06-125-DE-C

©EIB - 11/2006 - DE

Vorzumerkende Termine

- **25/01/07** – Konferenz 2007 zu Wirtschafts- und Finanzfragen (Luxemburg)
- **08/02/07** – Jahrespressekonferenz 2007 (Brüssel)
- **22-23/03/07** – FEMIP-Konferenz 2007 (Paris)

Neue Veröffentlichungen der EIB

Oktober 2006

- Evaluierung von EIB-Finanzierungen im Bereich „Allgemeine und berufliche Bildung“
- Evaluierung von EIB-Finanzierungen mittels Einzeldarlehen im Rahmen des Vierten Abkommens von Lome
- Die Beurteilung sozialer Komponenten von Projekten außerhalb der Europäischen Union: der Ansatz der Europäischen Investitionsbank
- Evaluierung von EIB-Finanzierungen mittels Globaldarlehen im Rahmen des Vierten Abkommens von Lome
- Feasibility Study to develop new options for private sector investment financing in the Syrian Arab Republic
- Technical Assistance for Project Preparation – JASPERS
- Leitlinien der EIB für die Bekämpfung von Korruption, Betrug, Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus
- Erklärung zur Führungsstruktur der EIB
- EIB-Energiebericht

November 2006

- Finanzierungen der EIB in Rumänien
- Finanzierungen der EIB in den Ländern des Westbalkan
- Finanzierungen der EIB in Kroatien

In Vorbereitung:

- Leitfaden für die Finanzierung von Projekten der Europäischen Technologieplattformen
- Die EIB und der Wassersektor: Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Alle Broschüren können unter <http://www.eib.org/publications> abgerufen werden.

